

Bezugspreis:

Bestellfrist 14. - 18. Monat 7. - 18. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal. Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgesetzte Nonpareilzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 29. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Maiaufbruch zum Frauentag.

Wenn die Arbeiterklasse Deutschlands vor dem Kriege ihre ...

Wählerinnen! In wenigen Wochen werdet Ihr wieder ...

Damit war den deutschen Frauen aller Schichten ihr Staatsbürgerrecht gegeben. Die Sozialdemokratie hat gehalten, was sie versprochen: Die Verfassung des neuen republikanischen Deutschlands sichert den Frauen in Reich, Staat und Gemeinde das aktive und passive Wahlrecht. Sie können wählen und gewählt werden.

Der Volkstaat brachte das Ende der politischen Bevormundung; frei und gleich steht heute die Frau neben dem Manne!

Wohl tragen die Frauen noch besonders schwer an den Folgen des blutigen Krieges. Noch sind die seelischen Wunden nicht vernarbt, die den einzelnen geschlagen wurden. Noch immer ist es die bittere Sorge um das Dasein, der Kampf um das tägliche Brot und um die dringendsten Bedürfnisse für die Familie, die das Denken und Fühlen stark in Anspruch nehmen, der die Frauen bitter und ungerecht werden läßt. Die Sozialdemokratie will vollenden, was sie begonnen hat. Eine klare zielbewusste Wirtschaftspolitik muß und herausführen aus dem Elend des Hungers und der Entbehrungen. Neben der politischen muß die wirtschaftliche Gleichberechtigung für Mann und Frau errungen werden. Die Verfassung gibt hierfür die Grundlage. Im Betriebsrätegesetz und in der Beamtenbesoldungsreform hat sich dieser Grundgedanke Bahn gebrochen. Es ist das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, im

kommenden Reichstage weiter zu wirken für die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung beider Geschlechter. In der sozialpolitischen Gesetzgebung ist die Sozialdemokratie von jeher für einen ausgedehnten Schutz für die erwerbstätigen Frauen und Mütter eingetreten. So soll es auch in Zukunft werden. Im Gesetz über die Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge ist der Anfang gemacht mit der Erfüllung unserer alten Forderung nach einem ausreichenden Schutz für Mutter und Kind. In der Verfassung ist den linderreichen Familien der besondere Schutz des Staates angeordnet. Die unehelichen Kinder sollen die gleichen Vorbedingungen für ihre körperliche, seelische und geistige Entwicklung erhalten wie die ehelichen. Die in der Verfassung festgelegten Grundzüge zu verwirklichen ist Aufgabe des kommenden Reichstages.

Die Sorge für die Jugend des deutschen Volkes muß vornehmste Pflicht des deutschen Staates sein. Ueber die bisher größte Sozialpolitik hinaus muß in der Gesetzgebung für das körperliche und seelische Wohl der Jugend gesorgt werden. Die Reichsschulgesetzgebung bedarf dringend des weiteren Ausbaues, um allen Kindern nach Anlage und Begabung ihre Vorbildung zu geben, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Kräfte des Erzeugers. In religiösen und kulturellen Fragen muß der Geist der Duldsamkeit in Schule, Haus und im gesellschaftlichen Leben herrschen. Wählerinnen! Sagt nicht: Was sollen wir Frauen dabei tun? Der weibliche Einfluß in der Politik muß stärker werden, damit ein politisches Leben der Zukunft gestaltet wird. Sorgen wir dafür, daß dies im Interesse der breiten Masse des arbeitenden Volkes und der Kinder geschieht, vor allem aber im Sinne des Väterlebens! So hat die Sozialdemokratie stets gewirkt. Auf dieser Bahn geht sie weiter. In die Hand der deutschen Frauen ist es gegeben, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen durch ihre Stimmabgabe für die Sozialdemokratische Partei.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Demokratie und Demokraten.

Im großen Umschmelzungsprozeß der Revolution ging aus der alten Fortschrittspartei die neue Deutsch-Demokratische Partei hervor, die sich, die Zeichen der Zeit erkennend, auf den Boden der Republik stellte. Mit ihr und dem Zentrum gemeinsam hat die Sozialdemokratische Partei den Aufbau des demokratischen Staats so weit gefördert, daß jetzt an die Wahl seines ersten ordentlichen Reichstages geschritten werden kann. Diese durch die Not der Zeit aufgedrungene Arbeitsgemeinschaft und der Kampf, den gleichzeitig die Sozialdemokratische Partei leider gegen links für die Demokratie zu führen genötigt war, haben manchem den Blick getrübt für die grundsätzlichen Unterschiede, die die Sozialdemokratische Partei von der Deutsch-Demokratischen trennen.

Die Sozialdemokratische Partei vertritt, heute so entschieden wie nur je, die Überzeugung, daß der Klassenkampf des Proletariats nur auf dem Boden der Demokratie erfolgreich geführt werden kann. In der Gewalt sah sie vor dem Kriege — und auch damals bloß theoretisch — ein Kampfmittel, das zur Erreichung der politischen Gleichberechtigung angewendet werden könne. Sie sieht in ihr heute folgerichtig nur ein Mittel, die politische Gleichberechtigung vor gewalttätigen Anfechtungen zu schützen. Wo aber der Kampf um die Macht nach den Regeln der Demokratie geführt werden kann, erkennt sie andere Kampfmittel als geistige nicht als berechtigt an.

So vertritt die Sozialdemokratische Partei noch unserer Überzeugung die Idee der Arbeiterklasse in ihrer reinsten Ausprägung. Die „formale Demokratie“ ist ihr ein unentbehrliches Mittel, zur realen Demokratie, zur sozialistischen Demokratie zu gelangen und den Kapitalismus zu besiegen.

Die Deutsch-Demokratische Partei ist im Gegensatz dazu eine Partei des Großbürgertums. Der geistige Fortschrittsteil dieser Klasse hat eingesehen, daß die Zeit für Monarchie und Massenwahlrecht vorüber ist, er überläßt es abgehalfterten Söldlingen, Offizieren a. D. und beschränkten Bürokraten, für die gute alte Zeit zu schwärmen, die keine Macht der Erde zurückholt. Er stellt sich auf den Boden der Demokratie, um auf ihm den Kampf gegen den Sozialismus aufzunehmen.

Die Erfahrungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben gezeigt, daß auch auf dem Felde der demokratischen Republik der Weizen des Kapitalismus blühen kann. Gäbe es in Deutschland nichts als Deutsche Demokraten, so wäre die Entwicklung Deutschlands zu einer bloßen Geldjaderepublik gewiss.

Für die Arbeiterklasse ist die Idee der Demokratie — nur leider hat sie es zum Teil vergessen — die natürliche, gleichsam die angeborene Idee, die sich in ihrem Kopf notwendig über die „formale“ Demokratie hinaus zur sozialistischen weiter entwickeln muß. Das Großbürgertum war monarchistisch mit der Monarchie, es ist republikanisch mit der Republik, es paßt sich der Idee der Arbeiterklasse an, um ihre Fortentwicklung zu hemmen, es fährt mit, um zu bremsen.

Von dem Großbürgertum allein kann aber eine Partei in der Demokratie nicht leben. Sie braucht die Stimmen eines Teil des arbeitenden Volkes, der Angestellten, der Beamten, so weit sie ihr erreichbar sind, auch die der Arbeiter im engeren Sinne. Darum können die demokratischen Parteien von der bloßen Vertretung des Kapitalismus nicht leben, sie müssen auch in sozialer Beziehung Zugeständnisse machen. Während die sozialistischen Parteien in allen Ländern den Klassenkampf nach außen führen, führen ihn die bürgerlichen Parteien, bewußt oder unbewußt, in ihren eigenen Reihen.

So erklärt es sich, daß von den demokratischen Parteien immer neue Scharen zur Sozialdemokratie herüberfluten. Die logische Gedankenreihe, die bei der bloßen formalen Demokratie nicht haltmachen kann, sondern aus ihr heraus zur sozialen Demokratie weiter fortschreitet, ist der ideologische Ausdruck der Tatsache, daß sich die werktätigen Schichten der nur demokratischen Parteien mit der bloßen politischen Gleichberechtigung nicht zufrieden geben können, sondern durch ihren Klassencharakter auf den Anschluß an den Sozialismus angewiesen sind. In diesen Schichten liegt das Rekrutierungsgebiet der Sozialdemokratischen Partei.

In diesem Zusammenhang versteht man besser, warum schon Bismarck den Freisinn „die Vorfrucht der Sozialdemokratie“ nennen konnte, und warum auch die Sozialdemokratische Partei stets — wie auch heute — die bürgerliche Demokratie gegenüber den ausgesprochen reaktionären Parteien als „das kleinere Übel“ betrachtet hat. Wo die Sozialdemokratie, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, zu einem Zusammengehen mit anderen Parteien gezwungen ist, da wird sie stets die nicht ausgesprochen reaktionären Parteien den ausgesprochen reaktionären vorziehen, mag es sich um Stimmwahlen handeln wie ehemals oder um die Notwendigkeit einer Regierungskoalition heute.

Wir gönnen der Deutsch-Demokratischen Partei jeden

Millerands Rede über San Remo.

Paris, 28. April. In der heutigen Nachmittags Sitzung der französischen Kammer gab Ministerpräsident Millerand die Erklärung ab, er wolle schon heute über die Konferenz in San Remo mitteilen, was mitzuteilen möglich sei. Der türkische Vertrag sei in seinen Grundlinien fertiggestellt. Die Türken bleiben in Konstantinopel. In den Gebieten, in denen sie in der Weichheit seien, sche der Vertrag den Schutz der Minderheiten vor. Präsident Wilson sei aufgefordert worden zu veranlassen, daß Amerika den Schutz über Armenien übernehme oder die Grenzen des neuen Staates festsetze. England habe das Mandat über Syrien erhalten. Ministerpräsident Millerand ging ab dann auf die Verhandlungen von San Remo in Bezug auf die Ausführungen des Friedensvertrages von Versailles ein und erinnerte an das deutsche Verlangen, Truppen in der neutralen Zone zu erhalten. Darauf habe die Konferenz durch einen Brief geantwortet, dessen Inhalt er dahin erläuterte: Das Gebiet von Frankfurt und Darmstadt wird geräumt werden, sobald die internationalen Kommissionen festgestellt hätten, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone auf den Stand zurückgebracht worden seien, wie er in dem Abkommen vom 8. August 1919 festgelegt wurde. Die Berechnung erfolge aber nach Einheiten und nicht nach dem Effektivbestand. (Warum nicht? D. Red.) Dadurch werde Deutschland zurückgeführt auf den Geist und den Buchstaben des Abkommens. (Auf den Buchstaben ja, auf den Geist nicht! D. Red.) Bis zum 10. Mai hätten die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone sein, die das Augustabkommen vorsehe. Am 10. Juni müsse deren Zahl um die Hälfte verringert werden, Deutschland habe aber das Recht, die Hälfte der vorgesehenen Polizeikräfte in die neutrale Zone einzuführen. Am 10. Juli müßten alle militärischen Kräfte die neutrale Zone geräumt haben. Die deutsche Regierung hätte dann das Recht, 10 000 Mann Polizeitruppen zu unterhalten. Die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten in San Remo stattgefunden hätten, hätten zum Grundgedanke: erkannt daß jeder Gedanke, den Friedensvertrag von Versailles zu revidieren, formell ausgeschlossen werden müsse. Zweitens daß, bevor man sich mit den Deutschen verhandeln könne, die Alliierten in vollkommenster und genauester Weise darüber einig seien, was sie von den Deutschen verlangen wollten, nicht nur, was die formellen Dispositionen des Vertrags anbetreffe, die sich wie die militärischen und gewisse Wiederergänzungsleistungen selbst genügen, sondern auch über die finanziellen über die Entschädigung, deren Höhe in gemeinsamer Interesse zunächst bestimmt werden müsse. Die Bedingung sei gewesen, daß bevor man den Grundgedanke einer Begegnung mit dem

Chef der deutschen Regierung annehme, die Alliierten einig sein müßten über die Sanktionen der Zwangsmassnahmen, die man erst anwenden werde. Im Laufe dieser Verhandlungen seien gewisse Beanpruchungen laut geworden, auf die er hätte antworten müssen. Er verlange von der Kammer die Erlaubnis, zu wiederholen, was er gesagt habe zuerst in einer privaten Unterredung, später im Lauf der Konferenz. Es scheint, daß gewisse Leute Deunruhigung gehabt hätten über die hintergedankten, welche den Geist des französischen Volkes, seines Parlaments und seiner Regierung beherrschten. Er habe geantwortet, daß die französische Regierung, das Parlament und das Volk einig seien darin, daß es nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Dummheit wäre, an eine Annexion deutschen Gebietes zu denken. (Lebhafte Beifall.) Nachdem Ministerpräsident Millerand die Erklärung der Alliierten verlesen hat, sagt er: Ich glaube nicht zu optimistisch zu sein, wenn ich sage, daß wir mit dieser Kundgebung in die Periode der positiven Ausführung des Friedensvertrages eintreten. Die Erklärung tut ferner kund, und das ist nicht mein geringstes Verdienst, daß die Entente unter allen Alliierten härter, enger und aktiver ist, denn jemals. Im Lauf der sechstägigen Verhandlungen sind Vorurteile gefallen und nützliche Versicherungen gegeben worden. Die Alliierten sind von San Remo abgereist, stärker in gegenseitigem Vertrauen und überzeugter von der Notwendigkeit und von der Kraft ihrer Entente. Ich bin überzeugt, daß die Konferenz, die jetzt geschlossen wurde, keine unnütze Arbeit verrichtet hat. (Lebhafte Beifall.)

Die Konferenz in Spa.

Die Entschädigungssumme.

Brüssel, 28. April. Ueber die Konferenz in Spa erzählt WTB: Der Oberste Rat beschloß, eine von Deutschland zu zahlende Entschädigung festzusetzen. Deutschland wird jährlich eine bestimmte Summe zu zahlen haben, die sich nach Maßgabe der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Reichs erhöht. Nach Abschluß des Nebereinkommens mit Deutschland werden die Alliierten unter sich die auf sie von ihnen entfallende Summe festlegen. Die Belgien zugesagte bevorrechtigte Zahlung von 2 1/2 Milliarden bleibt bestehen.

Dem „All-Abendblatt“ zufolge soll Deutschland in Spa durch den Reichskanzler Gen. Hermann Müller, den Reichsminister des Auswärtigen, Gen. Dr. Adolf Adler und durch den Reichsfinanzminister Dr. Wirth vertreten werden.

Diese Mitteilungen dürften aber auf nahe liegende Kombinationen als auf positiven Tatsachen erubren. Nach unserer Kenntnis der Sachlage sind noch keine Beschlüsse über die Zusammenstellung der deutschen Abordnung gefaßt worden.



Erfolg gegen die Rechtsparteien, den wir selber nicht erringen können, meinen aber, daß der Platz jedes ehrlich und tief demokratisch denkenden Angestellten und Beamten in den Reihen nicht der Deutsch-Demokratischen, sondern der Sozialdemokratischen Partei ist.

Wenn Demokratie ist nicht, was bloß an der Oberfläche haftet. Zur Reichsbereicherung alles dessen, was ein Menschenamtlich trägt, gehört nicht bloß, daß jeder Stimmzettel genau so schwer wiegt wie ein anderer — obgleich dies unbedingt dazu gehört —, es gehört auch dazu, daß der Unterschied zwischen unbefristeten Wohlleben und grenzenloser Armut, zwischen Herr und Knecht im wirtschaftlichen Leben verschwindet, und daß in einer Welt, die von krassen sozialen Gegensätzen und kapitalistischer Ausbeutung frei ist, die Schaffenlust hergestellt wird, ohne die die Menschheit nicht leben kann.

Wenn sich die Deutsch-Demokratische Partei in die Jagdgründe der Reaktion begibt, so wünschen wir ihr mit voller Aufrichtigkeit Glück. Möge sie sich dort für jeden Wähler, den sie nach links verliert, zwei andere holen. Den Angestellten und Beamten aber, die jetzt in den Reihen jener Partei stehen, rufen wir zu: Her zu uns!

### Die republikanische Brigade.

General Reinhardt übernimmt die Brigade Dbererig.

Mit der Leitung der in Dbererig aus Formationen aller Wehkreise zu bildenden Brigade ist General Reinhardt beauftragt worden.

General Reinhardt hat während der letzten Wochen im Auftrage des Ministers mehrere zehntausend Kruppen im Osten und Westen befehligt. Die Brigade Dbererig soll zu einer vorbildlichen Wehrtruppe geformt werden, die im Rahmen der Reichswehr als Reserve der Heeresverwaltung eine wertvolle Verstärkung des Rückhalts der verfassungsmäßigen Reichsregierung sein wird. Als Inspekteur dieser Wehrbrigade wird General Reinhardt dem Chef der Heeresleitung unmittelbar unterstellt, im übrigen aber zur besonderen Verfügung des Reichswehrministeriums bleiben.

### Ermöglicht den Wohnungsbau!

Schnelle Verabschiedung des Wohnungsbaugesetzes tut not.

Man schreibt uns: Nachdem im vorigen Jahre mit Hilfe von nicht rückzahlbaren Darlehenszuschüssen ein Versuch gemacht worden ist, die Neubautätigkeit zu beleben, hat man in diesem Jahre eine Regelung vorgezogen, welche eine Belebung der Neubautätigkeit als ausgeschlossen erscheinen läßt. Jetzt sollen nun endlich geschätzte Unterlagen beraten werden, welche die Neubautätigkeit ermöglichen und damit die Bekämpfung der Wohnungsnot in gesunde Bahnen leiten. Wenn aber nun nicht schnell etwas geschieht und Darlehenszuschüsse und zinsfreie Darlehen so vergeben werden, daß die Bauten wirklich fertiggestellt werden können, dann werden wir das erhebende Schauspiel erleben, daß auch in diesem Jahre in Berlin nicht ein einziger Neubau entsteht. Die Mittel für die Zuschüsse sollen durch eine Wohnsteuer aufgebracht werden, die nur zu einem Prozent zur Verfügung des Reiches verbleibt. Diese Neuregelung ermöglicht den Provinzen oder Gemeindeverbänden Mittel aufzubringen und zur Bekämpfung der Wohnungsnot durch Neubauten im eigenen Bereiche sofort zu verwenden. Diese im vorigen Jahre mit Zuschüssen ausgestattete Bauten konnten nicht fertiggestellt bzw. noch nicht begonnen werden, weil die Zuschüsse zu gering bemessen waren und sich die Kosten für Neubauten erheblich gesteigert haben. Wenn die jetzt zur Beratung stehende Neuregelung der Wohnsteuer und Darlehenszuschüsse nicht schnell erfolgen, dann wird die Bautätigkeit in diesem Jahre nicht mehr möglich sein. Die Nationalversammlung müßte endlich erkennen, daß in der Bekämpfung der Wohnungsnot eine dringende Aufgabe liegt, deren Lösung keine Verzögerung mehr verlohnt, wenn nicht die berechtigten Unzufriedenheit über Wohnverhältnisse ins Ungeheure wachsen soll.

### Volkshehe!

Von Georg D. Poppen.

Der Abendzug der Nebenstrecke steht fertig zur Abfahrt in der Bahnhofshalle. Die Lokomotive wirft mächtige Dampfwolken hoch auf und der feuchte Wind treibt sein wildes Spiel damit. Ich weicht sie hin und her, gereizt sie in Freuen und drückt sie endlich als feine Wassertropfen nieder auf die Pflaster des Bahnhofs.

Schon sind 10 Minuten über die fahrplanmäßige Zeit verstrichen, aber immer noch fährt der Zug nicht ab. Es wird auf den Zug von V. gewartet, der fast immer Verspätung hat, der aber noch viele Arbeiter mitbringt, die mit der Nebenbahn weiterfahren. Aber so eilig ist es ja auch nicht, auf der Nebenstrecke wird nichts verladen und die Arbeiter von V. sind froh, wenn sie gleich weiter können.

In den dunklen Ecken des wartenden Zuges sitzen dichtgedrängt die Menschen. Meist sind es Arbeiter, die von den Arbeitsstätten nach den entfernnten Wohnorten fahren. Ruhig sitzen sie da und warten auf die Abfahrt. Ueber allen liegt es wie eine stille Freude, denn morgen ist Sonntag und man kann den ganzen Tag daheim bleiben. Ein und wieder brennt einer seine ausgegangene Pfeife wieder an, und das flackernde Streichholz beleuchtet dann einen Augenblick groß die ruffigen Gesichter.

In den Verkehrsdäumen des Bahnhofs herrscht reges Leben. Ein, ist meldet sich jetzt der Telegraph:

„Zug Nr. 203 A 25 Minuten Verspätung.“

Ein junger, glattrasierter Beamter, der in seiner Haltung und der enganliegenden Uniform den ehemaligen Offizier verrät, tritt ein und nimmt die leuchtend rote Mütze von der Wand! Klüßlich sieht er nach der Uhr. 20 Minuten über Zeit wartet der Zug bereits. Glücklich schreitet er mit großen Schritten über die Schienen dem Zuge zu. Die auf- und abgehenden Schaffner eilen an den Zug.

Fertig! — Fertig! Der Beamte in der roten Mütze hebt das Signal zur Abfahrt, die Lokomotive pfeift und zieht, langsam verläßt der Zug den Bahnhof. — —

„Nun wartet er doch nicht auf die Kameraden von V.“, sagt ein Arbeiter in dem Zug zu seinem Nachbar.

Raum sind die roten Lichter in dem grauen Nebel des nachkalten Abends verschwunden, als schon der Zug von S. heranbraust.

Ehren fliegen auf, Mäse schallen, ein Hasten und Laufen beginnt. Viele Arbeiter steigen aus, den Heulemann unterm Arm, den Manteltragen hochgeschlagen. Ein Blick hinüber zu dem anderen Gleise und sie alle wissen Bescheid. Der Zug, der sie nach Hause bringen soll, ist fort! So ist es ja so oft in letzter Zeit. Ueber manchen Mund will es wie ein Fluch kommen, manche hoch wird in der Mantelstöße zur Faust. Man umringt den Bahnhofsvorsteher, der soeben das Signal zur Abfahrt des Zuges gibt.

### Krankenversicherung bis 15 000 M.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung hat die Krankenversicherungsordnung mit der Verringerung angenommen, daß entgegen der Regierungsvorlage die Grenze der Versicherungspflicht von 12 000 auf 15 000 M. erhöht würde.

### Der „Kommunist Ströbel“.

Der von der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Untersuchungsausschuß über die Vorgänge beim Kapp-Putsch stellte am Dienstag folgenden Fall fest: Ein gewisser Ströbel war auf der Straße von einer Patrouille der kappistischen Einwohnerwehr angehalten und aufgefördert worden, sich zu legitimieren. Als er sich diesem Befehl widersetzte, wurde er nach dem Lokal der Einwohnerwehr geschleppt, in dem zahlreiche Offiziere sowohl der Einwohnerwehr, wie auch der Helfreitwilligen saßen. Dort wurden seine Papiere geprüft. Als man den Namen Ströbel hörte, schrie alles erregt auf, es sei der bekannte Kommunist Ströbel. Einige Offiziere meinten, der Ströbel müsse sofort erschossen werden. Besonders wild in diesem Verlangen gebärdete sich ein Zeitfreiwilliger Oberleutnant v. Stahn. Schließlich gelang es einigen besonnenen Offizieren der Marine-Brigade, die Erziehungslustigen zu beruhigen. Als es nun dem Verhafteten gelang, die Namensverwechslung aufzuklären, waren die Offiziere sehr peinlich berührt und gaben ihn wieder frei. Als Entschädigung erhielt er 400 M. ausbezahlt und mußte sich durch eine schriftliche Erklärung zum Schweigen über den Vorfall verpflichten. Vor dem Untersuchungsausschuß gaben die Beteiligten und vernommenen Offiziere alles zu, waren jedoch über den Vorbruch des Ströbel sehr empört. Wahrscheinlich bebauerten sie jetzt sehr, den Verhafteten nicht doch erschossen zu haben. Von den 400 M. gar nicht zu sprechen.

### Der 1. Mai in den Staatsbetrieben.

Urlaub gegen Lohnzahlung und Sonntagsdienst.

Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses soll in den Staatsbetrieben den Arbeitern und Beamten am 1. Mai Urlaub gegen Weiterzahlung des Lohnes gewährt, in den Verkehrsanstalten aber mindestens Sonntagsdienst aufrechterhalten werden. Das Reichspostministerium hat deshalb verfügt, daß am 1. Mai der Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinstellen wie an den allgemeinen Feiertagen zu regeln ist. Diese Verfügung entspricht der Notwendigkeit, für die Post- und Telegraphenverwaltung die Meißner einheitslich zu regeln. Ein geordneter Betrieb ist nicht aufrechtzuerhalten, wenn bei dem zahlreichen Personal der Post- und Telegraphenverwaltung Verunsicherungen von Fall zu Fall erfolgen müssen.

Frankfurt a. M., 28. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Stadtverordnetenversammlung lehnte mit 48 bürgerlichen gegen 41 sozialdemokratische Stimmen ab, am 1. Mai die Arbeit in den städtischen Betrieben ruhen zu lassen.

Meißen in Braunschweig. Der von der Landesversammlung Braunschweigs bevollmächtigte Hauptauschuß hat ein Gesetz angenommen, wonach für den Freistaat Braunschweig der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag zu gelten hat.

Gen. Heilmann schreibt uns: Der Parlamentsbericht des „Vorwärts“ läßt mich in der gestrigen Meißnerdebatte der Landesversammlung sagen, wie wollen dem 1. Mai seinen Kampfcharakter nehmen. Selbstverständlich habe ich das nicht gesagt, sondern: „Demokraten und Zentrum, die immer von Klassenverhöhnung redeten, hätten allen Anlaß, durch Anerkennung des 1. Mai als staatlichen Feiertag den Kampfcharakter dieses Tages abzuwachen“.

Der Oberpräsident von Pommern hat die deutschnationalen Blätter „Tagespost“ (Stettin), „Greifswalder Zeitung“ auf drei Tage und die „Belgarder Zeitung“ auf acht Tage verboten. Grund: unwahre Unterstellungen und häßliche Angriffe auf den Oberpräsidenten als Regierungskommissar anlässlich der Verhaftung des Dichters Spröckling.

„Vor drei Minuten ist der Zug nach D. abgefahren“, sagt er über die Köpfe der Umstehenden weg und dabei auf ein verstorbenes Päckchen um seine Mundwinkel. Der abfahrende Zug rollt in die kalte dunkle Nacht hinaus. Still stehen die Arbeiter, ihre Mäntel sind ins Leere gerichtet, was bleibt ihnen anders übrig als auf den in 2 1/2 Stunden fahrenden Zug zu warten.

Ein Herr in weißem Stehkragen und pelzverbrämtem Mantel mit elegantem Schuhen aus den Füßen, der auch mit aus dem letzten Zug stieg und mit zu den Leidtragenden gehört, äußert sich laut und vernehmlich: „Ja, das sind Zustände in der heutigen Volkregierung!“ und eifrig verpflichtet ihm ein anderes, mit dem „Volkrecht“ in der Hand, bei.

Rechts und Links sind sich einig, ganz einig darin, daß die jetzige Regierung nichts taugt, und dazwischen stehen still die Arbeiter, die nach Hause wollen, ein jeder von ihnen denkt über den Ausdruck des Herrn nach, Zweifel, wenn nicht gar Groll steigen in manchem Herzen auf gegen die Volkregierung, doch wohl keiner denkt daran, wie und mit welchen Mitteln Volkshehe getrieben wird!

Langsam gehen die Arbeiter in den kalten Wartesaal und warten. — —

Ja oder behaupte, daß der Herr Bahnhofsvorsteher, der ehemalige Offizier, seine Freude gehabt hat, denn er konnte sich ja sagen, daß bei mindestens 50 Arbeitern heute abend der Glaube an die von ihnen selbstgewählte Volkregierung wieder einen Stoß erhalten hat. — —

Und so wiederholt es sich alle Woche, wenn nicht gar alle Tage. So arbeitet die Volkregierung gegen die Regierung. Darum sei auf der Hut, deutsche Republik!

Der Stark-Effekt. Hinter diesem sehr wenig anschaulichen, und darum auch wenig glücklichen Ausdruck verbirgt sich eine sehr wichtige Sache, welche den wissenschaftlichen Weltbildern in diesem Jahre viel zu denken gibt und wahrscheinlich eine große Umwälzung in den Grundbegriffen der Chemie nach sich ziehen wird.

Es ist jedermann, wenn er sich nur ein klein wenig in der Physik umsehen hat, bekannt, daß ein zum Leuchten gebrachter chemischer Stoff sich durch ganz bestimmte Effekte auszeichnet, wenn man sein Licht durch ein Glimmrohr gehen läßt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wasserstoff, das chemische Element, das man neuerdings in einem zwingenden Verdacht hat, das einzige, das man das Element der ganzen Welt zu sein, zeigt in diesem Fall eine Serie von vier Linien, nämlich eine rote, grüne, blaue und violette. Diese sogenannten Spektrallinien gehören zusammen, sind miteinander nach dem Wahn eines noch unbekanntes Geistes verknüpft.

Ueber dieses Geheiß sagt nun der „Stark-Effekt“ näheres aus. Indem sein Erfinder, der Greifswalder Physiker Stark, Elektrizität unter bestimmten Voraussetzungen auf Lichtquellen ebenfalls elektrischen Ursprungs einwirken ließ, konnte er neue

### Ein Zugeständnis der Alliierten.

Berlin, 28. April. (WZ.) Das englische auswärtige Amt hat dem deutschen Geschäftsträger eine Note folgenden Inhalts zugehen lassen: Mit Bezug auf Ihr Memorandum vom 18. März bezüglich Fortsetzung der Zahlung der deutschen Einfuhrzölle in Gold habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten Regierungen beschlossen haben, daß die Erlaubnis, welche der deutschen Regierung gewährt worden ist, die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold zu verlangen, verlängert wird, daß jedoch die einzelnen alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die Frage zu irgendeiner Zeit wieder anzuführen.

### Die Zahl der Alliierten am Rhein.

Amsterdam, 28. April. Laut „Telegraf“ teilt Winston Churchill im englischen Unterhaus mit, daß die Zahl der alliierten Besatzungstruppen am Rhein 145 000 Mann beträgt, und zwar 95 000 Mann Franzosen, 20 000 Mann Belgier, 10 000 Amerikaner und 14 000 Engländer.

### Die Entente und Sowjet-Rußland.

Volle Wiederaufnahme der Beziehungen.

Moskau, 28. April. Der Sonderberichterstatter des „Sokol“ bestätigt die Nachricht, daß die San Remo Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten die volle Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland beschlossen habe. Dieser Beschluß sei auf der Konferenz im Laufe einer Besprechung Lloyd Georges, Millerand und Rittis in letzter Stunde gefaßt worden.

Genève, 28. April. Die „Nieuwe Courant“ aus London meldet, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Wirtschaftskommission des alliierten Obersten Rates demnächst nach Kopenhagen geht, um mit der Sowjetregierung über Handelsabmachungen zu beraten. Die Sowjetregierung hat bei dem Obersten Rat auf den Mangel an rollendem Material in Rußland hingewiesen und um Hilfe ersucht, um Güter und Material nach den Häfen befördern zu können. Es wird keine Entscheidung getroffen werden, ohne daß dafür Gewähr geleistet wird, daß dieses rollende Material nicht für Kriegszwecke verwendet wird.

### Poincaré, der Kenner Deutschlands.

Genève, 28. April. „Handelsblatt“ kritisiert Poincarés Artikel im „Matin“ über die hinterhältige Politik der deutschen Regierung in Sachen der Beendigung des Ruhrkampfes als ein starkes Stück. Es sei ziemlich unverfroren, so etwas nach allem zu schreiben, was über die Lage im westdeutschen Industriegebiet bekannt geworden sei. Tief traurig sei es, daß ein Mann wie Poincaré, der von Deutschland so wenig wisse und die Lage so wenig überblicke, als Präsident der Reparationskommission über das Wohl und Wehe Deutschlands und des deutschen Volkes zum großen Teil zu entscheiden habe.

### Vaillant-Couturier unter Anklage.

Die sozialistische Fraktion solidarisch.

Paris, 28. April. Ein Antrag, die Immunität gegen den sozialistischen Abgeordneten Vaillant-Couturier aufzuheben wegen des von ihm im „Populaire“ veröffentlichten Artikels, ist gestern der Kammer zugegangen. Infolgedessen haben sich sämtliche Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion mit ihrem Kollegen solidarisch erklärt. Sie verurteilten heute vormittag einen Artikel an der Spitze der „Humanité“ und unterzeichneten ihn sämtlich, selbst Sembat, Thomas, Barrene und Boncour.

Vaillant-Couturier, ein junger, linksradikaler ehemaliger Frontkämpfer, hatte im „Populaire“ die Soldaten aufgefordert, bei etwaigen Zusammenstößen mit Demonstranten am 1. Mai nicht zu schießen. (D. Red.)

„Serienysteme“ von Spektrallinien erzeugen, also den Bau der Ursache dieser Systeme beeinflussen.

Dadurch sammelte sich eine Fülle von Erfahrungen an, eine ganze Wissenschaft dieser „Stark-Effekte“, die nun freilich als gelehrte Spielerei erscheinen könnte, wäre nicht ein sehr bedeutsamer Hintergrund dafür vorhanden.

Es ist nämlich anzunehmen, daß die „Serienysteme“ den Bau der Materie oder, wissenschaftlich gesprochen, den der Atome widerspiegeln, so daß, wer mit ihnen experimentiert, dadurch Einblick in die Geheime des Weltbaues erlangt.

Mit anderen Worten: ein neuer Weg hat sich gezeigt, um die Grundlagen der Chemie und alles dessen, was auf Chemie beruht, also fast alles die ganze eine Hälfte von Naturwissenschaft und Technik, besser zu erschaffen als es bisher möglich war. Da muß man aufhorchen und findet es begreiflich, warum bei der letzten Verteilung der Nobelpreise dem Erfinder des Stark-Effektes der Preis für den größten Fortschritt auf dem Gebiet der Physik zugesprochen wurde.

Der Todesstrom bei Siegen und Westfalen. Das Ueberwiegen der Sterbefälle über die Geburtziffern ist in der Zeit vom 14. bis zum 20. März dieses Jahres in einer Anzahl deutscher Städte festzustellen worden, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird. In anderen Städten waren Sterbe- und Geburtziffern gleich groß. In der Mehrzahl der deutschen Städte aber ist der Geburtsüberschuß nur ein erschreckend kleiner. So kamen in Berlin auf 708 Geburten 661 Todesfälle, in Frankfurt a. M. auf 165 Geburten 100 Todesfälle, in Hannover auf 174 Geburten 168 Todesfälle. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse in der ehemaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie. In Wien kommen auf 1064 Todesfälle nur 417 lebend Geborene, in Budapest auf 915 Todesfälle 577 Geburten, in Prag auf 867 Todesfälle 194 Geburten. In den großen Städten des Auslandes liegen die Verhältnisse sehr viel günstiger. In London kamen 2771 Geburten auf 1458 Todesfälle, in Birmingham 561 Geburten auf 366 Todesfälle, in Moskau 711 Geburten auf 377 Todesfälle.

Der Verband zur Klärung der Wänschelrentenfrage sucht die nationalistischen Ergebnisse auf diesem Gebiet zu sammeln. Gleichzeitig wird an alle Parteien, die glauben, eine Veranlassung für den Gebrauch der Wänschelrente oder für sonstige sogenannte medienistische Wänschelnomen zu besitzen, das Ansuchen gerichtet, dies dem Vorstand des Verbandes, Dr. med. E. Wagner, München, mitzuteilen. Man hofft durch eine Klärung dieser Angelegenheit endlich der Klärung des Streites um die Wänschelrentenfrage näherzukommen und gleichzeitig dem ständig anwachsenden Aberglauben entgegenzutreten zu können.

Ein neuer Volksbelehrenskreis. Die Kulturbildung der Unerschulten Anfang Mai gemeinsam mit dem Organisationsamt für Säuglingspflege am Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit öffentliche Vorführungen des Volksbelehrenskreises „Säuglings- und Kleinbabypflege“ in der der größten Berliner U-Bahnstation.

Kunstkronit. Bei Paul Cassirer werden von Freitag, den 30. April ab Zeichnungen und Aquarelle von Professor Max Slesogt gezeigt.

Das Wintersemester der Technischen Hochschule wird am 12. Mai geschlossen. Das Sommersemester beginnt am 26. Mai und endet am 7. August.



Stadtverordnetenversammlung.

Groß-Berlin. — Entscheidung über den neuen Lohnsatz der städtischen Arbeiter. — Das Wohnungselend.

Die gestrige außerordentliche Sitzung des Stadtparlaments wurde eröffnet mit der folgenden Ansprache des Genossen Heimann:

Der 27. April muß als einer der bedeutungsvollsten Tage in der Geschichte unserer Stadt gedacht werden. Gestern, am 27. April, hat die Preussische Landesversammlung das Gesetz über

die Bildung eines einheitlichen Groß-Berlin

beschlossen, und damit ist ein Werk zum gesetzlichen Abschluß gebracht, das nicht nur für die Geschicke unserer Stadt und ihrer Bewohner den ausschlaggebenden Einfluß werden wird, sondern das in dieser Größe und Wichtigkeit in der Geschichte der Kommunen Deutschlands und der übrigen Kulturländer Europas seines Gleichen nicht hat. Der Werdegang dieser Aktion ist in der Preussischen Landesversammlung von der ersten bis zur letzten Minute mit Schwierigkeiten aller Art besetzt gewesen. Wenn es gelungen ist, diese in verhältnismäßig kurzer Zeit zu überwinden, so verdanken wir das in erster Reihe der Tätigkeit dreier Männer, die wir zu unseren Mitgliedern zu zählen die Freude haben. Herr Kollege Cassel hat als Vorsitzender des Ausschusses die kolossale Detailarbeit zu leisten gehabt, er hat das Schiff der Vorlage durch alle Klippen hindurchgesteuert; Kollege Bruns hat als Berichtsersteller eine Arbeit geleistet, die nur der voll würdigen kann, der sich in ähnlichen Aufgaben schon betätigt hat, und Kollege Leid hat als Ausschußmitglied in nie erlahmendem Eifer an dem Zustandekommen des Gesetzes mitgewirkt. Ich verbinde mit dem Dank an die drei Herren den aufrichtigen Wunsch, daß die zukünftige Betätigung dieses neu geschaffenen

größten deutschen Gemeinwesens

den vier Millionen Einwohnern zum Nutzen und Segen gereichen, sie sozial und kulturell fördern und alle Erwartungen seiner Befürworter voll erfüllen möge. Mitternacht des 27. April 1920 für Groß-Berlin der Beginn eines stetigen kraftvollen Aufstiegs sein! (Lebhafter Beifall.)

Überbürgermeister Bernuth: Die Stadtverwaltung von Berlin schließt sich diesem Ausdruck der Dankbarkeit und Freude über die endgültige Abfertigung des Gesetzes von Herzen an. Es ist etwas Großes, daß die Glieder des weltstädtischen Körpers, die nach Geschichte und Wirklichkeit von jeher und je länger je mehr ein Ganzes waren, nunmehr auch von Rechts wegen eins und einzig sein dürfen. Wir Alt-Berliner treten in diesem Geiste der Einigkeit gehobenen Herzens und freudig in die neue Gemeinschaft ein, um in ihr aufzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Dem zur Feier des 1. Mai gefassten Versammlungsbeschlusse ist der Magistrat beigetreten. (Lebhafter Beifall, auch auf den Tribünen.)

Die Frage der Unterführung der Privatbahnen und privaten höheren Mädchenschulen wird nach den Ausschlußvorschlägen geregelt.

Abdann tritt die Versammlung in die Beratung der Frage, ob der Schiedsspruch über

die Lohnsätze des neuen Arbeiterlohntariffs

angenommen werden soll. Die Entscheidung muß bis zum 30. April erfolgt sein. Der Magistrat empfiehlt die Annahme.

Stadtv. Lebb (Dem.) beantragt Ausschußberatung; es könne morgen trotzdem die Angelegenheit zum Abschluß gebracht werden. Die Fraktion hat gegen den Schiedsspruch erhebliche Bedenken, da die gemachten Zugeständnisse sehr weit gehen.

Koch (Soz. Vgg.): Da die Arbeiter den Schiedsspruch, wie bekannt, nicht angenommen haben, eilt die Sache nicht so sehr, weil neue Verhandlungen nötig sein werden. Auch wir sind für Ausschußberatung.

Ritter (Soz.): Auch wir treten für Ausschußberatung ein, aber im Gegensatz zu den Vorrednern in der Erwägung, daß eine Nachprüfung der Frage erfolgen muß, ob die Sätze des Schiedsspruchs noch genügen. Seit dem Trobistorium haben sich ja doch die Preisverhältnisse weiter sehr

gunnigsten der Arbeiter

verändert. Kartoffeln und Brot werden neuerdings ganz enorm verteuert; auf dem Lande wird Brotgetreide ungenügend verfrachtet, und das Reich muß Unsummen zuziehen, um Wehl vom Auslande zu beschaffen. Von den unheimlichen Preissteigerungen für Kleidung, Schuhwerk, Wäsche will ich gar nicht reden. Die bestehenden Löhne vertragen sich nicht mit den Kosten, die Arbeiterklasse kann sich nicht das Notwendigste kaufen. Da muß ein Ausgleich geschaffen werden.

An unsere Abonnenten!

Das Zeitungsweesen befindet sich in einer schweren Krise. Ein Stillstand der Preissteigerung für Papier sowie aller übrigen zur Herstellung der Zeitung nötigen Rohmaterialien ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Einen Vorrat von den umfangreichen Kosten, die die Herstellung der Zeitung erfordert, können sich unsere Leser machen, wenn wir ihnen mitteilen, daß uns das Papier allein bei 90 Bogen im Monat für einen Abonnenten 5,50 Mark kostet. Dazu kommt der Druck, der sich genau siebenmal so teuer stellt als vor dem Kriege. Die Zustellungsgebühr, die Löhne und Gehälter für die Arbeiter und Angestellten sowie die übrigen sachlichen Kosten sind in den letzten Monaten gleichfalls um das mehrfache gestiegen. Alle diese Ausgaben konnten bisher und können auch in Zukunft durch den Abonnentensbeitrag allein nicht gedeckt werden. Nur mit Hilfe der Inserateneinnahmen war dies bisher möglich. Die Inseratenumsatzsteuer, die bis 10 Proz. vom Umsatz erhoben wird, ist aber eine weitere drückende Belastung.

Wir sind deshalb gezwungen, eine Erhöhung des Abonnementspreises um 1,50 Mark pro Monat und Exemplar vorzunehmen, wobei wir nur das alleräußerst Notwendige in Betrachtung gezogen haben. Der Abonnementspreis beträgt

ab 1. Mai pro Exemplar und Monat 8,50 Mark.

Wir sind der Meinung und hoffen mit unseren Lesern und Genossen darin übereinzustimmen, daß das Bestehen des „Vorwärts“ sichergestellt werden muß.

Die Sozialdemokratische Partei kann die Presse zur Durchführung ihrer Ideen nicht entbehren, insbesondere ist die Presse in der gegenwärtigen Wahlbewegung ein unentbehrliches Kampfmittel. Wir hoffen deshalb auch, daß unsere Abonnenten trotz der aus dem Zwang der Verhältnisse gebotenen Erhöhung des Abonnementspreises nach wie vor treu zum „Vorwärts“ stehen werden.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Reise (U. Soz.): Die Nachprüfung muß erfolgen. An der heutigen Rätischen Finanzwirtschaft sind

die Arbeiter nicht schuld.

Der Schiedsspruch ist den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter nicht ganz gerecht geworden; hoffentlich macht der Ausschuss ganze Arbeit.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der sofort erannt wird und morgen tagen soll.

Den Antrag der U. Soz. auf Einsetzung einer gemischten Deputation, um mit allergrößter Eile diejenige Nachnahme zu treffen, die geeignet sind, die

ungeheuerlichen Zustände im Wohnungswesen

zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, begründet Adolf Hoffmann mit einer eingehenden Schilderung des Berliner Wohnungselends, das der Krieg ins Entsetzliche gesteigert habe. Wohnungsinspektion und Wohnungsdami seien gegenüber dieser Katastrophe ohnmächtig.

Wildgans (Soz.): Die Wohnungsnot, die uns heute so bedrängt, bestand längst vor dem Kriege. Noch 1917 gelang es uns nicht, einen Antrag durchzubringen, Berlin zum Rotstandsgebiet zu erklären. Es ist ungemein bedauerlich, daß zahlreichere Villenbesitzer noch immer nicht soviel soziales Verständnis besitzen, um, was sie von ihren Wohnräumen abstufen können, ihren mohnungsbedürftigen Volksgenossen zur Verfügung zu stellen.

Die Teilung der Augustwohnungen

müßte durchgreifender betrieben werden. Eine ziemliche Zahl von Kriegsgesellschaften müßte schon längst abgewirtschaftet haben, hält aber immer noch die Bürouräume fest, die längst als Wohnräume verwendet werden können und müssen. Von der Mitarbeit der Berliner Haushälter an der Beseitigung der Wohnungsnot ist auch nicht viel Näherliches zu vermelden, im Gegenteil. Die Wohnungsdeputation muß sich umgehend mit der Reorganisation der Wohnungsfürsorge beschäftigen.

Rimbel (Soz. Vgg.): Schuld an dem Jammer sind großenteils die aus dem Osten zutretenden Elemente, denen Kollege Wildgans nach wie vor Günstigkeit gewährt will. Helfen kann nur eine strenge Anweisung der Einwohner, die als Berliner Steuerzahler nicht mitreden, und damit vor allem die Schaffung neuer Wohnungen, wobei aber von Einfamilienhäusern abgesehen werden müßte.

Radendorff (Dem.): Weist die Höchstmiete in dem Ausnahmefalle wie jetzt bestehen, so wird

die Wohnungsnot noch größer

werden. Der Antrag sollte der Wohnungsdeputation überlassen werden.

Stadtrat Löning: Seit mehreren Jahren wälzen wir den lächerlichen Siphonblock des Wohnungsproblems den Berg hinan. Was sollen wir noch mit Wohnungsdeputationen, wie sie die Antragsteller verlangen? Die dem Wohnungsbau gestellten Aufgaben haben sich seit seiner Gründung völlig verschoben. Die Wohnungsnot nach dem Kriege ist eine internationale Erscheinung. Die Einwohnerzahl Berlins hat sich verdreifacht, die Zahl der Haushaltungen aber stark vermehrt; die 60 000 Wohnungen, die 1914 leerstanden, sind bewohnt und zurzeit haben wir

in Berlin 40 000 Wohnungsfachende.

(Bewegung.) Die Zuwanderung aus Polen und Galizien muß auf 60 000 beschränkt werden (Hört, hört!); dazu tritt der Zustrom von Flüchtlingen. Da muß das Reich für Hilfe sorgen; wir können es nicht, wir haben getan, was wir irgend konnten, haben auch ganz energisch die Beschlagnahme und Abtretung von Wohnungen betrieben. Die für Bureauarbeiten bewilligte Million hat nur für 3 Baracken ausgereicht; weitere 24 Millionen müssen demnächst für den gleichen Zweck ebeeten werden. Die Neubaulätigkeit kann bei der Krümmerlichkeit der uns gebliebenen Mittel heute nur darauf gerichtet sein,

möglichst viele Wohnungen unter einem Dach

zu vereinigen; zwischen Einzelhaus und Mietskasernen muß ein Kompromiß geschaffen werden. Bei der richtigen Verteilung der Neubauten liegt es doch sehr nahe, den besitzpossidenten, denen die im Besitze einer Wohnung und also den Wohnungselend gegenüber gewaltig im Vorteil sind, eine Abschlagsgabe aufzuerlegen, die den Bau neuer Wohnungen erleichtern soll.

Barthemann (Soz. Vgg.) fordert endlich energisches Eingreifen gegen die Ostjuden.

Damit schließt die Beratung.

Der Antrag der U. Soz. wird an die Wohnungsdeputation verwiesen. Schluß 110 Uhr. Morgen 5 Uhr wird die Tagesordnung von heute weiter erledigt werden. In erster Stelle kommt der Schiedsspruch in der Frage des neuen Arbeiterlohntariffs zur Erledigung.

Groß-Berlin

Lehrverträge.

Viele Arbeiterkinder treten in diesen Wochen in das Erwerbsleben ein, und dadurch wird das Interesse an den rechtlichen Fragen des Lehrverhältnisses in den Vordergrund gedrückt.

Ein großer Fehler ist es immer, auf den schriftlichen Abschluß des Lehrvertrages zu verzichten. Nach § 126 b der Gewerbeordnung ist der Lehrvertrag innerhalb vier Wochen schriftlich abzuschließen. Wichtig ist dieser Lehrvertrag nur, wenn er enthält: 1. die Bezeichnung des Gewerbes oder des Zweiges der gewerblichen Tätigkeit, in welchem die Ausbildung erfolgen soll; 2. die Angabe der Dauer der Lehrzeit; 3. die Angaben der gegenseitigen Leistungen, also nicht nur die Pflichten des Lehrlings und seines gesetzlichen Vertreters, sondern auch die Pflichten des Lehrmeisters; 4. die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen, unter denen die einseitige Auflösung des Vertrages zulässig ist. Fehlt auch nur eine dieser Bedingungen

Gehen fertig. Inger begleitete ihn bis zur Haustür, sie weinte nicht und jammerte nicht, aber sie sagte: „Jetzt können sie jeden Tag kommen, um mich zu holen.“ — „Weißt du etwas?“ — „Nein, wie sollte ich etwas wissen? Und es wird wohl auch noch nicht so bald sein, aber... Wenn du jetzt nur den Geißler findest und er dir irgendeinen guten Rat geben könnte!“

Was hätte Geißler jetzt noch tun können? Nichts. Aber Inger ging doch.

Aber ja, Inger hatte wohl etwas gemerkt. Sie hatte vielleicht auch durch irgendjemand Olina nachricht zukommen lassen. Als Inger von Schweden heimkam, war Inger abgeholt worden, und Olina war bei den beiden Kindern geblieben.

Das war eine traurige Nachricht für Inger bei seiner Heimkehr, als er mit lauter Stimme nach Inger rief und keine Antwort bekam. „Ist sie fort?“ frate er. — „Ja,“ antwortete Olina. — „An welchem Tag war es?“ — „Am Tag, nachdem du weggegangen warst.“ — Jetzt erriet Inger, daß Inger bei der Entscheidung wieder allein sein wollte und sie ihn deshalb auch gebeten hatte, alles Geld mitzunehmen. Ach, Inger selbst hätte wohl auch ein paar Groschen für die große Reise haben sollen!

Aber die kleinen Jungen waren gleich ganz hingenommen von dem netten gelben Ferkelchen, das Inger mitgebracht hatte. Das war übrigens auch das einzige, was er mitgebracht. Geißlers Adresse war veraltet. Geißler war nicht mehr in Schweden, er war in Drontheim. Aber das Ferkelchen hatte Inger auf seinen Armen von Schweden herübergetragen, er hatte es mit Milch aus seiner Flasche geizt und im Gebirge mit ihm auf der Brust geschlafen. Er hatte Inger damit eine Freude machen wollen, jetzt spielten Ferkens und Sivert mit dem putzigen Tier und hatten großen Spaß daran. Das zerstreute Inger ein wenig. Dazu kam noch, daß Olina vom Schultheißen grüßen konnte und ausdrückte, daß der Staat endlich auf den Kauf von Sellaarra eingegangen sei, und daß Inger nur aus Rathaus hinunterkommen und bezahlen solle. Das war eine gute Nachricht und sie riß Inger aus seiner tiefsten Niedergeschlagenheit heraus. Obgleich er noch recht müde und steifbeinig von seiner Reise war, packte er neuen Mundvorrat zusammen und wanderte gleich ins Dorf hinunter. Er hatte wohl eine leise Hoffnung, Inger noch dort zu treffen.

(Fortf. folgt.)

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Sobald der Weg gangbar war, wurde sie zum Verhör ins Dorf hinunter geholt. Inger mußte dabei bleiben. Während er da allein war, nahm er sich vor, nach Schweden hinüber zu wandern und Geißler aufzusuchen, der wohlwollende Schultheiß würde den Leuten auf Sellaarra vielleicht noch einmal freundlich entgegenkommen. Aber als Inger zurückkam, hatte sie schon nach allem gefragt und wusste über das Urteil einigermaßen Bescheid. Eigentlich sei es lebenslänglich, Paragraph 1 aber... Seht, sie hatte sich mitten vor den heiligen Richterstuhl des Gesetzes hingestellt und einfach alles gestanden; die Zeugen von den zwei Dörfern hatten sie mitleidig angesehen und der Herdesvogt hatte sie freundlich ausgefragt; aber sie war den harten Köpfen der Herren vom Gesetz doch unterlegen. Die hohen Herren Juristen sind so tüchtig, die kennen ihre Paragraphen, sie haben sie auswendig gelernt, so helle Köpfe sind sie. Und sie sind auch nicht ohne Verstand neben ihrem Amt, nicht einmal ohne Herz. Inger konnte sich nicht über das Gericht beklagen; sie hatte nichts von dem Hofen gesagt, aber als sie unter Tränen gestand, daß sie ihrem mißgestalteten Kind nichts so Böses hob's antun wollen, wie es am Leben zu lassen, da hatte der Herdesvogt ernst und lachte mit dem Kopfe genickt. „Aber,“ hatte er gesagt, „du hast ja selbst eine Hofensdarte und dir ist es doch gut gegangen.“ — „Ja, Gott sei Dank!“ hatte Inger nur geantwortet. Und sie hatte nichts von den geheimen Leiden ihrer Kindheit und Jugend gesagt.

Aber der Herdesvogt mußte doch das eine und andere gemerkt haben, er schliefte sich selbst mit einem Klumpfuß und hatte deshalb niemals tanzen können. „Das Urteil, — nein, das weiß ich noch nicht. Eigentlich ist es lebenslängliches Gefängnis, aber... Und ich weiß nicht, ob wir es in die nächsten Stufen hinunterbringen, in die zweite oder dritte Stufe, fünfzehn bis zwölf, zwölf bis neun Jahre. Da sitzen einige Männer und humulstieren das Strafgesetz, werden aber nicht damit fertig. Aber wir müssen das Beste hoffen,“ sagte er.

Inger kam in einer stumpfen Gelassenheit zurück, es war nicht nötig gewesen, sie in Haft zu behalten. Ein paar Monate vergangen, und als Inger eines Abends vom Fischen

heimkam, war der Schultheiß und sein neuer Gerichtsbote auf Sellaarra gewesen. Inger war lieb und gut gegen Inger und lobte ihn, obgleich er nicht viel Fische gefangen hatte.

„Was wolltest ich doch sagen, sind Götter hier gewesen?“ fragte er. — „Götter? Warum fragst du?“ — „Iche sehe neue Fußstapfen draußen. Spuren von Stiefeln.“ — „Es ist niemand anders da gewesen, als der Schultheiß und noch einer.“ — „So. Was wollten sie?“ — „Das wirst du dir denken können.“ — „Wollten sie dich holen?“ — „Mich holen? Nein, es war nur das Urteil. Und das kann ich dir sagen, Inger, Gott ist gnädig gewesen, es ist nicht so, wie ich gefürchtet habe.“ — „So,“ sagte Inger gelassen, „dann ist es vielleicht doch nicht sehr lang?“ — „Nein, nur einige Jahre.“ — „Wie viele?“ — „Ja, ja, du wirst wohl denken, es seien viele Jahre, aber ich danke Gott, daß ich wenigstens mit dem Leben davonkomme.“

Inger nannte die Zahl nicht. Später am Abend fragte Inger, um welche Zeit man sie holen würde; aber das wußte sie nicht, oder sie wollte es nicht sagen. Sie war jetzt wieder sehr nachdenklich, redete davon, daß sie nicht wisse, wie alles gehen solle, aber Olina werde wohl kommen, und Inger wußte auch keinen anderen Ausweg. Wo war übrigens Olina geblieben? Sie war in diesem Jahr nicht wie sonst gekommen. War es ihre Absicht, ganz wegzubleiben, nachdem sie bei ihnen alles aus dem Geleise gebracht hatte? Man brachte das Heu heim, aber Olina kam nicht. Sollte man sie vielleicht holen? Ach, sie würde schon dahergehswant kommen, der Zeitwank, das Mutter!

Endlich eines Tages kam sie. Welch eine Person! Es war, als sei zwischen ihr und dem Ehepaar gar nichts vorgefallen, sie stridte sogar ein Paar gereißelte Strümpfe für Ferkens, wie sie sagte. „Ich wollte nur leben, wie ihr es hier auf dieser Seite des Gebirges habt,“ begann sie. Es zeigte sich, daß sie ihre Kleider und Sachen in einem Sack im Walde Regen hatte und darauf eingerichtet war, darzubleiben.

Am Abend nahm Inger ihren Mann auf die Seite und sagte: „Hast du nicht gesagt, du wolltest versuchen, Geißler aufzufinden? Jetzt ist ruhige Zeit.“ — „Ja,“ antwortete Inger, „da Olina jetzt da ist, breche ich gleich morgen früh auf.“ — Inger sagte, sie wäre ihm dankbar dafür. „Und du mußt alles bare Geld mitnehmen, das du hast,“ sagte sie. — „So, kannst du es nicht aufheben?“ — „Nein.“

Inger richtete einen großen Reisekoffer, und als Inger noch in der Nacht aufwachte, machte er sich auch gleich zum







Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Figaros Hochzeit. Anfang 6 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der Marquis v. Keith. Anfang 7 Uhr.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Der Liebestrank. Lessing-Theater. Frau Warrens Gewerbe.

Theater am Nollendorferplatz. Operetten-Gastspiel Walter Bromme. Freitag, den 30. April cr. 7 Uhr Uraufführung 7 Uhr Eine Nacht im Paradies

Stilmöbel sehr preiswert. Große Möbel-Ausstellung. Möbel-Fabrik Albert Gleiser. Berlin C 33. Alexanderplatz-Alexanderstr. 92

Es werde Licht! Mutterschutz. Patentex Mutterschutz. Komplet 20 Mark, Ersatztable 15,50 Mark.

Gr. Schauspielhaus. Der weiße Hais. Königgrätzerstraße. Die große Katharina. Komödienhaus. Minister (Max Pallenberg).

APOLLO. Theater. Friedrichstraße 218. April 1920. Das Welt-Rätsel AFRA.

Variété-Café Moritzplatz. Oranienstraße 53-51. !! Gartich !! 4 Morche's Tuxin.

Für Nerventränke, Blatarme, Herzkr. und Schwäche! Zur Regiphan hat mir gebolfen. Herr B. Garmann, Darmstadt, schreibt u. a.:

Central-Theater. Fräulein Puck. Berliner Theater. letzte Walzer. Central-Theater. Fräulein Puck.

Circus Busch. Heute sowie tägl. 7 1/2 Uhr: Hai - Jung. Schall u. Rauch im Großen Schauspielhaus.

Donnerstag, 29. April, nachm. 3 Uhr Rennen zu Karlshorst. Trabrennen in Mariendorf. Freitag, den 30. April, nachm. 2 1/2 Uhr: 8 Rennen. Preise 90 000 M.

Juwelen Perlen Margraf & Co. Großes Silberlager. Besteckkästen Margraf & Co.

Stiefelkönig. Schuhlämmers - Angebot im Luxus - Schuhen. Braun Chevreau-Stil. mit feinfarb. Covertcoat-Einsata. Hochschaff. . . . 190,00

Alte Gebisse. auch einzelne Zähne 6-20 Mark. Platin-Brennstifte usw. Zahntechn. Laboratorium Rosenzweig.

Krause Planos. Großes Lager in allen Holzarten. Berlin W 60, Anshacker Str. 1. Platin Quecksilber höchsten Tagespreis über Platin Tagespreis Alte Zahngebisse

Der Rastelbinder. Trianon-Theater. Myrrha. Residenz-Theater. Die Raschhoffs. Rose-Theater. Das Lied der Liebe. Folies Caprice. Casino-Theater. Onkel Cohn. Reichshall-Theater.

Admirals-Palast. Flirt in St. Moritz. Morg. Lustige Puppe. Adi-Haus. Käte Blank Eugen Beck Chilli Fronio

Das Christusproblem gelöst! Sehen anschauen Vor 1300 Jahren! Wer war Jesus Christus?

Zähne 4 Mark! 7 Mark! mit echtem Friedens-Kautschuk. schöne, natürliche Farbe, bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.

Gold FINK. Größte Auswahl. Reparaturen sofort. Katalog gratis. FRIEDRICHSTR. 131 B A. D. KARLSTR.

Zeitungsapapier. Rio 1,00 St. Glas. Rothringstr. Straße 99/100, Ebnen.

Kupfer Messing Zinn sämtl. Metalle Quecksilber Platin Gold-Silber-abfälle Zahngebisse

Möbel. günst. Einkauf. Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen. DORN, Weinmeisterstr. 1.

Kupfer, M. 12,00 p. Kilo. Rotguß, M. 8,00 p. Kilo. Messing, „ 6,00 „ „ Blei, „ 3,25 „ „ Zink, „ 2,50 „ „ Zeitungen, geh., 1,00 „ „

Meine großen Möbel-Läger. mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Baden- u. Toiletten-Anstalten, Plaisirsalon, Turnsaal, Schränken, Becken, kompletten Kücheneinrichtungen usw.

Nutzeisen. Ankauf Verkauf. Stabstabe, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstapfen etc.

Warnung!! Platin, Gold- u. Silberbruch!!! Verkauft Sie Ihr Platin, Gold- und Silberbruch sowie Zahngebisse, nicht, bevor Sie den richtigen Preis bei M. Wiese, Artilleriestr. 30,

Kupfer 12,- Rotguß 8,- Messing 6,- Blei . . . 3,- zahlt 55/5A. Wiemer, Putbusser Str. 30, 1. Kupfer 12,- Rotguß 8,- Messing 6,- Blei . . . 3,- zahlt 55/4A. Wiemer, Pascalstraße 3, an der Helmholzstraße und Gotzkowskybrücke.







# Das Beamten-Befoldungsgesetz angenommen. Schwerbeschädigtenfürsorge.

In der Mittwochsitzung der Nationalversammlung sprach zum  
**Fall Braß**

**Dr. zu Dohna (D. Sp.):** Wir würden, wie im Fall Traub, gegen die Aufhebung der Immunität eintreten, wenn dieser Fall nicht so ganz anders liegen würde.

**Abg. Eichhorn (U. Soz.):** Es handelt sich um Sicherung der freien Meinung. Alle Parteien müßten ein Interesse haben, ihre Vertreter vor Verfolgung zu schützen. Von Hochverrat kann bei Braß nicht gesprochen werden, denn er hat ausdrücklich erklärt, daß die ihm zur Last gelegte Behauptung, er habe die Zahl der Reichsmehrheiten im Ruhrgebiet auf 80 000 angegeben, falsch sei. In seiner Unterredung mit der Interalliierten Rheinlandskommission hat er über die Anzahl der Reichsmehrheiten kein Wort gesagt, sondern sich nur für die Aufnahme der geschützten Ruhrgebiet-Kämpfer eingesetzt. Dumm und gemein ist die Behauptung, daß seine angeblichen Angaben über die Zahl der Reichsmehrheiten die Besetzung des Rheinlandes durch die Franzosen im Gefolge gehabt hätte, denn die erste Besetzung war am 8. April abends, die zweite am 7. nachmittags, während die Franzosen bereits in den Morgenstunden des 8. April in Frankfurt einrückten. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Das Verhalten der Demokraten zum Fall Braß ist widerliche Fremdenfeindschaft. (Lärm bei den Demokraten. Jura: Zur Ordnung!) Die Rede Brauß war eine Beantwortung des Gerichtsverfahrens. Braß' Interview mit dem Reichsminister des Innern, das am 18. veröffentlicht wurde, hat am 10. April stattgefunden, konnte also auf die Besetzung des Rheinlandes keinen Einfluß ausüben. Das ganze Telegramm des Oberpräsidenten ist ein genau so dummer, plumper Schwindel wie der von der „Schwarzen Hand“, die wir Unabhängigen gebildet haben sollen. Ich bringe folgende Demissionsanträge ein: 1. Auf neue Angaben und neues Demissionsmaterial des Oberpräsidenten zu warten; 2. den Fall an den Geschäftsausschuss zurückzuverweisen. Im übrigen bitte ich um Ablehnung der Strafverfolgung. (Beifall bei den U. Soz.)

**Abg. Warmuth (Dnat.):** Der Fall Brauß trägt einen durchaus anderen strafrechtlichen Charakter als das Delikt von Brauß. Der Doppeltatbestand Eichhorn bedeutet eine Verschärfung; ich bitte, ihn abzulehnen.

**Abg. Kurlage (Z.):** Wir wollen die Grundlagen des Staatswesens aufrechterhalten und können daher nicht zulassen, daß in der gegenwärtigen Zeit Hoch- und Landesverrätern ein Freibrief ausgehört wird. (Beifall.)

**Abg. Götlich (Dem.):** Die „Deutsche Tageszeitung“ hat über die Auslieferung Verhandlungen ganz irreführende Berichte gebracht. Früher wurde die Genehmigung zur Strafverfolgung nur erteilt während der Dauer der Session. Braß selbst sollte auf sofortiger Unterredung bestehen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Brauß (Dem.), Schulz-Braunberg (Dnat. Sp.), Kurlage (Zentr.) und Eichhorn (U. Soz.) sowie einer Rede des Vizepräsidenten über die Anerkennung Eichhorns gegen die demokratische Fraktion wird der Antrag Brauß, wonach auch bei Genehmigung von Strafverfolgung eine besondere Genehmigung für die Verhaftung notwendig ist, mit den sozialistischen und demokratischen Stimmen angenommen. — Abgelehnt werden die Anträge Eichhorn auf Rückverweisung und auf Vorlegung weiterer Materials durch den Oberpräsidenten. Der Geschäftsausschuss, die Genehmigung zu verweigern, wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, der bairischen Volkspartei und einiger Demokraten abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Brauß auf Genehmigung zur Strafverfolgung bleibt zweifelhaft. Sammelprüfung erlitt, daß 99 Abgeordnete für und 99 gegen den Antrag sind. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Vizepräsident 9 Uhr verlegt die Sitzung auf 2½ Uhr.

## Zweite Sitzung.

Das Haus ist wiederum schlecht besetzt.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des  
**Beamtenbefoldungsgesetzes.**

Ausschuss und Interkommunikation haben an der Regierungsvorlage grundlegende Änderungen vorgenommen. Die Gesetzesanträge werden in allen Punkten den Beamten gleichgestellt. Auf die Gewährung der Dienstalterszulagen haben die etatsmäßigen Beamten einen Rechtsanspruch. Bei der Regelung der Dienstwohnungsfürsorge ist die Mitwirkung der Beamten-Beiräte vorgesehen. Verheiratete weibliche Beamte erhalten den Ortszuschlag nur zur Hälfte. Die den Soldaten gewährten Naturalbezüge und Entschädigungen werden für Einkommenssteuerpflichtig erklärt. Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft, ebenso das Ortsschuldenverzeichnis. Die Stellen der aufsteigenden Beamten wurden dem Ausschuss durchweg erhöht. Auch die Verteilung der einzelnen Beamtenstellen auf die Befoldungsgruppen ist vom Ausschuss zugunsten der unteren und mittleren Beamten geändert worden.

Schließlich hat der Ausschuss eine große Zahl von Entschuldigungen angenommen; so auf Nachprüfung der Grundfläche für die Gewährung der Ortszuschläge, Förderung der Bestrebungen auf Gründung von Eigenheimen und Bindungen, auf schnellere Beförderung der etatsmäßigen Assistenten aus dem Militärämterstand, auf schnelle Regelung der Ruhegehälter, auf Vorlage eines Beamtenpensionsgesetzes, auf Gleichstellung der Beamten in den Ländern und Gemeinden mit den Reichsbeamten, auf Erhöhung der Rente der Pensionäre und ihrer Hinterbliebenen und auf Gleichstellung der Beamten in den öffentlichen Körperlichkeiten (Ruheversicherungsanstalten, Krankenkassen usw.) mit den Reichsbeamten.

**Abg. Altschäfer (Zentr.)** berichtet eingehend über den Gang dieser Verhandlungen im Ausschuss und im Interkommunikation. Im Gegensatz zur Vereinbarung des Reichsausschusses verlangt und erhält **Abg. Frau Riech (U. Soz.)** zur Begründung der unabhängigen Anträge das Wort.

Bei der wehrmännischen Preisentwicklung, für die die Regierung verantwortlich ist, sind die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Befoldungen, namentlich für die unteren Beamtenklassen, viel zu gering. Wenn wir auch nicht wollen, daß alle Beamten gleich entlohnt werden, so muß allen doch mindestens das Existenzminimum gemährt werden. Besonderen Protest erheben wir gegen die Beschränkung der in eiblichen Beamten, namentlich der verheirateten, denen die Ortszuschläge in voller Höhe zu zahlen sind. Wir beantragen auch die Streichung der Worte „mindestens 45 Stunden“.

## Die achtstündige Arbeitszeit

darf auch für die Beamten in Betracht gezogen werden. Wir sind gegen die Gehälter des Reichspräsidenten und des Reichszustatzers, da wir beide Ämter als überflüssig und schädlich betrachten und bitten nachmals um Annahme unserer Anträge. (Beifall bei den U. Soz.)

Ein Regierungsvorleser erklärt, daß von einer unsozialen Verkürzung des Gesetzes keine Rede sein könne, was auch der Ausschuss anerkannt habe.

Nach einer Erklärung der **Abg. Frau Lüders (Dem.)**, daß sie erwartet, daß in Zukunft keine Minderbewertung der Frau mehr stattfinden werde, schließt die Aussprache.

Die Befoldungsvorlage wird mit der Befoldungsordnung mit unwesentlichen Änderungen in zweiter Lesung angenommen.

In der dritten Lesung bittet Generalmajor Reinhard, die Bestimmung wiederherzustellen, wonach

## das Befoldungsbiensalt der Soldaten,

welche unter Verbleiben in derselben Befoldungsgruppe befördert werden, um zwei Jahre vorgezogen wird.

**Abg. Schulz-Braunberg (Dnat. Sp.)** vermahnt sich dagegen, daß man in letzter Stunde immer noch mit Änderungsanträgen komme.

Der Antrag wird darauf angenommen und dann auch das Befoldungsgesetz in dritter Lesung.

Es folgt das Gesetz zur Änderung des Betriebsrätegesetzes, wonach die Arbeitsordnung in den Betrieben spätestens bis zum 1. September 1920 durch eine neue Arbeitsordnung ersetzt werden muß.

**Abg. Rosen (U. Soz.):** Wir haben bei dem Betriebsrätegesetz Enttäuschung über Enttäuschung erleben müssen. Heute beantragen wir, daß die Schlichtungsausschüsse für ihre Sitzungen besser entschädigt werden, wie der Vorsitzende des Berliner Metallarbeiterverbandes beantragt hat. Die AIA versucht, unter Benützung des § 19, gemeinsame Wahl zwischen den Arbeitern und Angestellten herbeizuführen, der dies ermöglicht, wenn jede Gruppe mit Zweidrittelmehrheit die gemeinsame Wahl beschließt. Darunter dürfen natürlich nur Zweidrittel der Abstimmenden, nicht der Delegierten vorhanden werden. Wir verlangen eine entsprechende Erklärung der Regierung.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter und gleich darauf folgender dritter Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen.

Es folgt die zweite Lesung des Reichsverforgungsgesetzes in Verbindung mit der zweiten Lesung des Gesetzes über die Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

## Reichsarbeitsminister Schlögl:

Die Ansganglichkeit der auf die Friedenszeit zugeschnittenen Militärverforgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt. Eine genaue Prüfung des ganzen Verforgungswesens führte zu dem Entschluß, einen grundsätzlichen Neuaufbau des Verforgungswesens vorzunehmen. Neu ist in der Vorlage der Anspruch auf Heilbehandlung und die Durchführung der Heilbehandlung auch bei Nichtverfäherten.

## Die Rente ist der Kern des Gesetzes.

Berücksichtigt werden die Lebensverhältnisse, die Kenntnisse und Fähigkeiten des Beschädigten, nicht mehr der Dienstgrad. Vornehmlich ist ferner ein progressives Ansteigen der Rente in der Schwerbeschädigtenfürsorge, weiter die Erhöhung der Rente durch Kriegszulagen, sowie für Erwerbsunfähige ein Pflegegeld, ein Übergangsgeld und ein Sterbegeld. Die Opfer für die Hinterbliebenen beitragen pro Kopf der Bevölkerung 70 M., für eine fünfköpfige Familie also 350 M. Da kann man doch nicht von einem „Verrat“ durch die Regierung reden. Wir haben getan, was das Vaterland nach einem verlorenen Kriege tun kann. Wie das Volk sich heute solidarisch erklärt mit den Kriegsbeschädigten, so müssen auch diese sich solidarisch erklären mit dem ganzen Volk und freudig auch ihre schwachen Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Verabschieden Sie das Gesetz möglichst schnell im Interesse des ganzen Volkes.

## Abg. Meier-Sachsen (Soz.):

Das Gesetz hätte längst durchgeführt werden müssen, denn schon seit nahezu sechs Jahren warten Kriegsbeschädigte schmerzlich darauf. Wenn man aber bedenkt, daß im Oktober, als das Reichsarbeitsministerium die Geschäfte übernahm, noch gar kein Entwurf vorlag, dann wird man ihm die Anerkennung nicht verweigern können. Es kommen fast

## 5 bis 6 Millionen Menschen

in Betracht, die an diesem Gesetz interessiert sind. In diesen Zahlen drückt sich die außerordentliche Wichtigkeit, aber auch die finanziellen Folgerungen aus. Keine politischen Freunde stehen auf dem Standpunkt, dem Reichspräsident Oberst im vorigen Dezember Ausdruck verlieh: Fürsorge für die Opfer des Krieges ist unsere vornehmste Pflicht, trotz der finanziellen Lasten unseres Landes. Alle Opfer des Krieges müssen vor der nackten Not geschützt werden. Der Entwurf befriedigt uns nicht in allem, da er aber ein unentbehrlicher Fortschritt ist, stimmen wir ihm zu. Sache des neuen Reichstages wird es sein, anlässlich der jährlichen Anpassung des Leuzerungszuschlages notwendige Verbesserungen vorzunehmen. Wir begrüßen besonders den Anspruch auf Heilbehandlung, der auch auf die Hinterbliebenen hätte ausgedehnt werden müssen. Die gleichmäßige Regelung der Rente zwischen Offizieren und Mannschaften, wie zwischen Kriegs- und Dienstbeschädigten, entspricht einer alten Forderung. Ebenso begrüßen wir die

## Fürsorge für die Blinden.

Die dreifache Jahresbeitragszahlung für Witwen im Falle ihrer Wiederbeschäftigung mit Deutschen hätte auch auf ihre Verheiratung mit Ausländern ausgedehnt werden müssen. Die Höhe des Sterbegeldes ist zu niedrig. Wir bitten deshalb, unseren Antrag auf Erhöhung anzunehmen. Ebenso muß das Arbeitsentkommen der Ehefrau außer Ansatz bleiben. Die Parteien von links und rechts der Koalition haben es leichter, weitgehende Anträge zu stellen, weil sie für die finanziellen Folgen nicht haften müssen. Wir können sie deswegen nicht annehmen, hoffen aber darum um so mehr, daß unsere Verbesserungsanträge Annahme finden, damit das Gesetz in hohem Maße zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und zur Gesundung unseres Volkswirtschafts beitragen möge. (Beifall.)

**Abg. Dr. Lubbe (Dem.):** Es ist ein Vorzug des Entwurfes, daß die Leuzerungszulagen nach Bedarf erhöht werden können. Auf die Unterschiede in der Neuerschuldung haben wir Rücksicht genommen, auch die Ortszulagen erhöht über die Vorlage hinaus erhöht.

**Abg. Lausant (U. Soz.):** Die Kriegsbeschädigten können durchaus nicht von diesem Gesetz befriedigt sein. Das Existenzminimum ist im Entwurf viel zu niedrig angesetzt, wir verlangen daher Erhöhung der Rente um die Hälfte.

Darauf folgt sofort die dritte Lesung des Gesetzes und der zugehörigen Anträge.

Sie werden auch in dritter Lesung angenommen.

Das Haus verlegt sich auf Donnerstag, vormittag 10 Uhr: Zweite Lesung des Reichsheimstättengesetzes, Bestätigung des Gesetzentwurfes über die durch innere Ursachen verursachten Tumultschäden, Wohnmaßnahmen gegen Kohlenmangel, Postgebührenerhöhung, Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrates und kleinere Vorlagen.

Schluß 9 Uhr.

## Preussische Verfassungsberatung.

Der Preussischen Landesversammlung teilte am Mittwoch

Präsident Reinert mit, daß **Abg. von Harbort (D. Sp.)** sein Mandat niedergelegt hat. Eine Reihe Handelskammern protestiert unter Hinweis auf die schwere wirtschaftliche Schädigung gegen die widerrechtliche Besetzung von Frankfurt durch die Franzosen.

## Die Beratung der Verfassung

wird fortgesetzt.  
**Abg. Dr. Prutz (Dem.):** Der neue Minister des Innern hat die Verfassung als Schicksal bezeichnet, machte dabei aber nicht den Eindruck des sachenden Erben. Das kann man ihm nachfühlen. Der Vertreter der Unabhängigen hat die Revolution verberichtet, sie aber gleichzeitig und verehelt, denn er feierte sie als Selbstgewand und Dauerzustand. Schade, daß der Sitzungsraum nicht einen solchen Kreis bildet, anstatt eines Halbkreises; denn dann würde man klar sehen können, wo die äußerste Rechte und die äußerste Linke sich berühren. (Große Heiterkeit.) Die Unabhängigen verweisen immer, daß Deutschland nicht ohne die Arbeiterkraft auskommen kann, die Arbeiterkraft aber auch mit Deutschland zugrunde gehen würde. (Beifällige Zustimmung.) Die Rechte, die die Arbeiterkraft sich auch nach dem Willen der Unabhängigen nicht nehmen lassen soll, bestehen in der formalen Demokratie. (Große Unruhe bei den U. Soz. — Beifälliger Beifall.) Das Streben der Arbeiterführer müßte doch auch auf den Aufstieg der Arbeiterkraft gerichtet sein; sie können sich doch nicht dabei beruhigen, daß es vergleichsweise der Arbeiterkraft in Rußland elend geht, der Bourgeoisie aber noch viel elender. (Große Unruhe.) Der Übergang Preußens zur Republik ist deshalb so schwierig, weil die monarchischen Bindungen, die früher das ganze System beherrschten, nunmehr durch demokratische ersetzt werden müssen. Dieses Problem wird in dem vorliegenden Entwurf nicht gelöst.

## Die Einheit Deutschlands

ist nur möglich, wenn sie in dem demokratischen Bewußtsein des Volkes verankert liegt. Wenn der französische Minister des Innern auf den Knopf drückt, erheben sich sämtliche Präzedenz und Interpräzedenz, wenn der deutsche Minister auf den Knopf drückt, erhebt sich — nichts. (Große Heiterkeit.) Und wenn schon, dann ist ungeliebter Sinn, als er erwartet. (Erneute große Heiterkeit.) Unsere Stärke liegt nicht mehr in der Zentralisation, sondern in der Selbstverwaltung. Das alte Regime ist daran mit zusammengebrochen, daß es die Sozialdemokraten von den Kammern ausgeschlossen hat. Wir müssen uns vor dem gleichen Fehler hüten. Wir warnen die Übertragung des demokratischen Wahlrechts auf die Provinzialparlamente; denn das ist die Grundlage der Autonomie. Der Finanzrat, den man dem Landtag an die Seite stellen will, ist ein elendes Geschöpf. (Beifällige Zustimmung.) Das Parlamentarismus empfiehlt sich nicht, aber der schrankenlose Parlamentarismus ist auch nicht das Ideal der modernen Demokratie. (Beifällige Zustimmung.) Nach dem Entwurf besteht neben dem Parlament nichts, weder eine Vollversammlung noch eine einmündige selbständige Regierung wie in England. Der Zustand ist unhalbar. Ein Staatspräsident ist allerdings unmöglich. Der Landtagspräsident kann ihn ebenfalls nicht ersetzen. Eine selbständige Potenz neben dem Landtag ist in dem Staatsrat gegeben, der aus den reorganisierten Provinzen hervorgeht. Man könnte ihn ähnlich gestalten, wie den Reichsrat. Dadurch würde er noch nicht zur ersten Kammer. Sein Präsident könnte die Minister ernennen und den Landtag auflösen.

## Preußen oder seine Landschaften?

Preußen oder seine Landschaften? Die Fragestellung läßt sich nur vermeiden, wenn wir Preußen eine zentralisierende Verfassung geben unter Berücksichtigung aller von uns kommenden Einheitsgedanken auf dem Boden der Selbstverwaltung.

**Abg. Dr. Leibig (D. Sp.):** Der Entwurf ist eine Karikatur auf die Demokratie, denn der Staatsbürger darf alle vier Jahre wählen und dann in der Verfassung verharren.

**Abg. Behr-Oberdiesfeld (Z.):** Unsere Bedenken gegen den Entwurf werden wir im Ausschuss vorbringen. Für die preussische Verfassung gibt uns die Reichsverfassung die Marschroute. Danach wird der Entwurf dem Ausschuss übergeben.

Es folgt die Beratung der großen Anfrage der Deutschen Nationalen über die Auflösung der Einwohnerwehren und in Verbindung damit Anträge und Anfragen der Demokraten, der Unabhängigen, der Deutschen Volkspartei über Einwohnerwehren, Sicherheitswehren, Ortswehren und Hirtenschützen und ferner eine Anfrage der Demokraten über die Verhaftung des **Abg. Dr. Schreiber-Halle.**

**Abg. Graf-Anklam (Dnat.):** Die Haltung der Regierung in der Frage der Einwohnerwehren kann keine Hochachtung abgeben. Wenn die Regierung nicht für die Befestigung der Gefahren bolschewistischer Experimente sorgt, dann wird die Initiative schließlich der Reintinte angriffen werden. Der Kapp-Buch geht auf den unbesonnenen Versuch einiger Militärs zurück, das Deutschland am 8. November zugefügte Unrecht rückgängig zu machen. (11 Die Red.)

**Abg. Ludwig (U. Soz.):** Die Bewegung im Rheinland und Westfalen war nur dort bolschewistisch, wo

## die Rechte in der Mehrheit

war. (Zustimmung lachend.) — Großer Lärm rechts.) Der Hof der Süddeutschen richtet sich nur gegen die großschänzigen Altpreußen. Die Regierung muß endlich ihr Versprechen der Befestigung der reaktionären Truppen einlösen.

**Abg. Legner (D. Sp.):** Seitdem die Reichswehrtruppen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zurückgezogen und die Einwohnerwehren entwaffnet sind, herrscht dort eine harte Gefährdung von Ordnung und Sicherheit.

**Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.):** Die Gegner haben kein Recht, uns der Mittel zum Selbstschutz zu berauben; denn sie haben durch das elende Friedensdiktat von Versailles und durch das Verbot einer angemessenen Wehrmacht und Polizei das deutsche Volk gehindert, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten und es durch wirtschaftliche und soziale Verdrängung der Bergpreußen nahegebracht. (Beifälliger Beifall.) Wo die Verfassungstreue der Führung der Sicherheitspolizei nicht sicher erscheint, muß die Regierung ohne Ansehen der Person energisch durchgreifen; denn nur eine tatkräftige Regierung sichert sich gegen die Parteigefahr. Wir müssen mit freudigem Herzen an die Überwindung der sozialen Not unserer Zeit gehen, dann wird die Sicherheit und Ordnung unseres Landes nicht mehr abhängen von der Zahl der Gewehre, sondern bedürftig sein durch das Gefühl nationaler Solidarität. (Beifälliger Beifall bei den Demokraten.)

Danach verlegt sich das Haus auf Donnerstag, 11 Uhr pünktlich: Weiterberatung; Einbringung der Befoldungsvorlage durch den Finanzminister.

Schluß 7 Uhr.

## Wirtschaft

Starker Preisfall bei der Günterlieferung. Bei der gestrigen Hamburger Günterlieferung wurden für Rindhäute bis 80 Pfund 12,10 und 13,95 M., (gegen 80 bis 82,50 M.) erzielt, für Bullenhäute bis 30 Pfund 13 bis 13,90 M., (gegen 30,86 bis 34,10 M.), schwerere Rind- und Bullenhäute waren wesentlich niedriger. Großhäute wurden mit 305 bis 590 M. (550 bis 580 M.), Kalbfelle mit 20,05 bis 36 M. (29,70 bis 52,55 M.), Ziegenfelle mit 11 bis 151 M. (30 bis 300 M.) bezahlt.

Garzbezug. Als einkünftiger Termin für die Annahme zum Garzbezug aus der deutschen Garzgewinnung 1920 ist der 15. Mai d. J. festgelegt. Spätere Bestellungen können keine Berücksichtigung finden. Deutsche Garzgesellschaft m. B. G., Berlin W 8.

Die finanzielle Krise in Japan zieht immer weitere Kreise. Wie gemeldet wird, wurde die Börse von Tokio, an der es zu einem Zusammenbruch des Kursums gekommen ist, drei Tage lang geschlossen. Ferner heißt es, daß verschiedene japanische Großbanken in eine schwierige Lage geraten seien, die aber die Staatsbank durch Intervention zu heben hoffe.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Elektrizitätsarbeiter gegen den Schiedspruch.

Am Mittwoch nahm eine vom Betriebsrat einberufene massenhafte Versammlung von Arbeitern und Angestellten der Städtischen Elektrizitätswerke Stellung zu dem vom gemeinlichen Zentralausschuss abgegebenen Schiedspruch. Der Referent S. L. führte aus, sowohl in den Lohnfragen, wie auch besonders in den Ergänzungsbestimmungen sei der Schiedspruch so ungünstig für die Elektrizitätsarbeiter, daß von vornherein nicht auf seine Annahme gerechnet werden konnte. Der größte Teil der Elektrizitätsarbeiter werde wahrscheinlich aus der fortgefallenen dritten Lohnklasse in die zweite versetzt und dadurch im Lohn verdrängt werden. Der Lohnzuschlag von 8 Proz., den die Elektrizitätsarbeiter wegen ihrer besonderen Qualifikation vor den anderen Gemeinbediensteten voraus hätten, sei gestrichen worden. Stadtrat S. L. habe gesagt, diese Vergünstigung der Elektrizitätsarbeiter und die Sechstundensicht der Gasarbeiter seien Erzeugnisse der Revolution, die beseitigt werden müßten. Die Stimmung der Elektrizitätsarbeiter sei einmütig gegen den Schiedspruch. Sie haben ihn durch Urabstimmung mit 1481 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis haben auch die Gasarbeiter gegen den Schiedspruch gestimmt.

Vertreter beider sozialdemokratischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung waren auf Einladung in der Versammlung anwesend. Stadtrat Weise (U. S. P.) stellte Verdrängung der Gasarbeiter in Aussicht, gab aber zu bedenken, daß der Magistrat nicht nur die Interessen der Arbeiter, sondern auch die Interessen der Allgemeinheit, der Steuerzahler, zu berücksichtigen habe. Es solle nochmals versucht werden, durch eine Kommission eine Verständigung über die Forderungen der Arbeiter herbeizuführen.

Die Versammlung zeigte sich durch diese Ausführungen nicht befriedigt. Die nachfolgenden Redner verlangten kategorisch, daß die Forderungen restlos erfüllt werden. Ein Redner forderte unter Weisfall einer starken Minderheit, daß am heutigen Donnerstag mittags die Betriebe stillgelegt werden, wenn bis dahin die Forderungen nicht bewilligt sind. — Andere Redner betonten dagegen mit Nachdruck, daß ehe zum Kampf geschritten werde, erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden müssen. — Unter dieser Voraussetzung erklärte ein Vertreter der Angestellten deren volle Solidarität mit den Arbeitern.

Einmütig wurde beschlossen: Wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, sollen die Organisationen den Zeitpunkt der Aktion bestimmen. Wenn es zum Kampf kommt, soll die Forderung des Urlaubs durchgedrückt werden. Es soll die Entlassung derjenigen verlangt werden, die bei einem Kampf den Streikenden in den Rücken fallen.

## Streik auf den westdeutschen Kanälen.

Am 28. April sind die Schiffsmannschaften der westdeutschen Kanäle in den Aufstand getreten. Der Streik richtete sich gegen die Mitgliedsfirmen des Arbeitgeberverbandes für Binnenschifffahrt, Gruppe westdeutscher Kanäle, Dortmund. Der deutliche Transportarbeiterverband, Mitgliedschaft Binnenschifffahrt, Dülmenburg und der Maschinen- und Feizerverband als Organisationen der streikenden Arbeiter hatten nach mehrwöchigen ergebnislosen Verhandlungen unter dem Vorhitz des stellvertretenden Reichskommissars Genossen Boldt am 21. April den letzten Versuch gemacht, eine Einigung zu erzielen. Den von Boldt gefällten Schiedspruch hat die Schiffsmannschaft abgelehnt. Danach verdient der Schiffsmann bei mindestens sechzig Stunden Arbeitszeit pro Woche 248 M., während in der Industrie für Arbeiter über 18 Jahre heute bereits 5,60 M. Stundenlohn oder 264 M. pro Woche erreicht werden. Für Heber-, Nacht- und Sonntagsarbeit sind von den Schiffsmannschaften nicht die geltenden Zuschläge von 25-50 und 100 Proz. gefordert, sondern weit weniger.

Weiter wurde keine Einigung in der Frage der Nacht- und Sonntagsruhe erzielt.

Die Schiffsmannschaften haben keinen Achtfund-Arbeitstag, keine vollständige Sonn- und Feiertagsruhe, sie sind eine dergestaltene Arbeitergruppe, die seither gegen alle anderen Arbeiter zurückblieb.

Der Streik hat zur restlosen Lähmung des Verkehrs geführt und es ist zu befürchten, daß er auf die Weier überspringt, wo die Schiffsmannschaften in Lohnbewegung stehen.

## Der Zentralvorstand der Afa zur Maifeier.

Der Zentralvorstand der Afa hat sich in seiner Sitzung vom 28. April mit der Stellungnahme der örtlichen Berliner Organisationen zur Maifeier befaßt und ist dabei zu folgendem Ergebnis gelangt.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände hat gelegentlich ihrer Beschlusfassung über die Reorganisation unseres Kartells am 16. und 17. Januar 1920 zum Ausdruck gebracht, daß die ihr angeschlossenen Verbände grundsätz-

lich programmatisch auf dem Boden der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Arbeitergewerkschaften stehen; sie legen jedoch Wert darauf, durch die Erhaltung und den Ausbau der Afa die erforderliche organisatorische Selbständigkeit der freigewerkschaftlichen Angestelltenvertretung zu gewährleisten. Auf der Grundlage dieses Beschlusses haben die freien Angestelltenverbände den Militärputsch vom März 1920 in solidarischer Gemeinschaft mit den Arbeitergewerkschaften erfolgreich abgewehrt, ebenso konnte bei den Betriebsratswahlen der Gedanke gemeinsamer freigewerkschaftlicher Kandidatenlisten für Angestellte und Arbeiter propagiert werden und es wird schließlich nur noch der Beschlusfassung einer neuen in Ausarbeitung befindlichen Afa-Satzung bedürfnis, um für die Zukunft auch noch in formaler Hinsicht eine dauernde Aktionsgemeinschaft der Kopf- und Handarbeiter zu sichern.

Es war aber nicht möglich, in diesen wenigen Wochen, in denen unsere Organisationskräfte durch zahllose gewerkschaftliche Tageskämpfe und soziale Probleme außerst angepannt waren, auch schon alle Einzelfragen des freigewerkschaftlichen Angestelltenprogramms restlos zu lösen. Auch die Stellung der Afa zur Maifeier, wie zur internationalen Arbeiterbewegung, ist bisher nur für einzelne der uns angeschlossenen Verbände geklärt und es entspricht dem Selbstbestimmungsrecht unserer Mitgliedschaften, daß die diesjährigen Verbandstagen auch der übrigen Afa-Organisationen Gelegenheit bekommen, diese bedeutsamen Fragen mit zu entscheiden.

Der vom Ortskartell Berlin eingeschlagene Weg, seinem engeren Arbeitsausschuss die Entscheidung über eine erstmalige Maifeier der Afa in Berlin treffen zu lassen, war nach alledem nicht angängig. Eine derartige Handhabung würde allen in der Arbeiterbewegung üblichen Gepflogenheiten widersprechen; denn auch die Arbeiter haben bekanntlich sehr umfangreiche Erörterungen ihrer Mitglieder und Mitgliedsvertretungen gehabt, deren Ergebnisse dann die Voraussetzung für die Haltung ihrer Gewerkschaften zum 1. Mai bildeten. Wenn der Auktus des Berliner Arbeitsausschusses eine öffentliche Gegenerklärung mehrerer angeschlossener Verbände herbeigerufen hat, so kann der Zentralvorstand der Afa den sachlichen Teil der Maifeierfrage auch damit nicht als erledigt ansehen.

Zwar muß es aus den vorerwähnten Gründen in diesem Jahre noch den Angestellten in den Betrieben überlassen bleiben, zur Arbeiterruhe am 1. Mai Stellung zu nehmen. Für die demnächst bevorstehenden Verbandstagen aber unterbreitet der Zentralvorstand der Afa allen angeschlossenen Verbänden den Antrag, eine grundsätzliche Entscheidung der gesamten Mitgliedschaften herbeizuführen. Als Grundlage für diese Beschlusfassungen wird empfohlen, folgende Auffassung des Zentralvorstandes der Afa anzuerkennen:

Der Ausgangspunkt für die Maifeier, wie er in der Demonstration für den internationalen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und der Erringung des Achtfundentages gegeben ist, war durchaus gewerkschaftlicher Art. Wenn dieses gewerkschaftliche Bestreben mit dem Kampf der politischen Arbeiterbewegung um bessere Arbeitsbedingungen zusammenfällt, so wird die parteipolitische Neutralität unserer Berufsverbände davon nicht berührt. Die dringende Notwendigkeit engerer Zusammenarbeit der Angestellten und Arbeiter aller Länder, wie sie im Gedanken der Maifeier ihren lebendigen Ausdruck findet, hat sich erst in der letzten Zeit bei den Erörterungen über den Wiederaufbau von Nordfrankreich, die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, die Ein- und Auswanderung und alle mit dem Friedensvertrag zusammenhängenden Fragen wieder besonders deutlich erwiesen. Aber abgesehen von den einzelnen sozialpolitischen Forderungen, die aus gewerkschaftlichem Hoffen heraus in den verschiedenen Jahren im Mittelpunkt der Maifeiern gestanden haben, darf die grundsätzliche Bedeutung des 1. Mai als Weltfeiertag der organisierten Arbeit in gewerkschaftlicher Hinsicht nicht verkannt werden. Die Aufgabe der Gewerkschaft soll sich nicht im Abschluß von Tarifverträgen erschöpfen. Ihre tägliche Kleinarbeit kann wohl die Not der Angestellten mildern, die wirtschaftliche Befreiung und damit ihren eigentlichen sozialen Aufstieg aber können die Angestellten nur nach Erreichung der heutigen rein privatrechtlichen Gemeinwirtschaft durch eine für und durch die Gesellschaft geleistete Gemeinwirtschaft finden.

Dieses Endziel freigewerkschaftlichen Strebens soll uns näher gebracht werden, indem wir vor allem bei den Angestellten selbst das Bewußtsein ihrer Unentbehrlichkeit im Produktionsprozeß wecken und kräftigen. So ist die Arbeiterruhe am 1. Mai für alle Angestellten eine Kundgebung von höchster Bedeutung. Ihr erheblicher Wert ist für die zur Afa gehörenden Berufsstände noch weit wichtiger, als für die Handarbeiter. Das, was weiten Kreisen der Angestellten heute noch fehlt und auch ihnen allein den Sieg verleiht, das ist der Wille zur Macht.

Ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung wird auf Beschluß des Volkswirtschaftsausschusses der Rationalisierungsammlung beim Reichsarbeitsministerium durch Verordnung errichtet.

## Der Schiedspruch im Hochbaugewerbe von den Arbeitgebern abgelehnt.

Während mit der Ortsgruppe Berlin des Arbeitgeberverbandes für den Tiefbau über die Gewährung von Feuerungszulagen für die kaufmännischen und technischen Angestellten eine gütliche Verständigung erfolgen konnte, war dies bei dem Verband der Bau-geschäfte seinerzeit leider nicht möglich. Das unsoziale Verhalten dieses Arbeitgeberverbandes veranlaßte die Organisationen, den Schlichtungsausschuss anzurufen. Durch formale, aber ganz wichtige Einwände wurde dann vor dem Schlichtungsausschuss versucht, die ganze Angelegenheit weiter zu verschleppen. Damit hatten die Herren aber auch kein Glück und es kam hier zum Schiedspruch. Trotzdem dieser Schiedspruch nicht über die Höhe hinausging, welche im Tiefbau von den Arbeitgebern bereits zugestanden worden, ist er jetzt in der Generalversammlung der Arbeitgeber abgelehnt worden. Wie berichtet wird, ist diese Ablehnung darauf zurückzuführen, daß die vielen kleinen Bau-geschäfte, die größtenteils nur einen oder zwei Angestellte beschäftigen, gegen die Annahme des Schiedspruches gestimmt haben. Am Donnerstag, die 29. d. M., abends 7 Uhr, findet nunmehr eine von der Afa in den „Prachtale Alt-Berlin“, Blumenstr. 10, einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher die Angestellten des Hochbaugewerbes zu der veränderten Situation Stellung nehmen sollen.

## Angestellte der Geldschrankfabriken und'Wasschloßereien!

Die bisherigen Verhandlungen über den neuen Tarif, der ab 1. April gelten soll, haben kein positives Ergebnis gezeitigt. Unsere finanziellen Forderungen wurden als unbillig bezeichnet. Der Vorschlag, den Urlaub für ältere Angestellte um 3 Tage über 8 Wochen hinaus zu verlängern, wurde gleichfalls abgelehnt. In einer nachfolgenden Generalversammlung am nächsten Montag wollen die Unternehmer erneut Stellung nehmen. Berichtete an uns gelangte Mitteilungen und Resolutionen lassen erkennen, daß die Stimmung der Kollegenschaft dahin geht, die äußersten Mittel anzunehmen, um die Tarifverhandlungen zu einem für die Angestellten günstigen Ergebnis zu führen.

Wir richten an die Kollegenschaft den Appell, vorläufig mit Ruhe und Würde abzuwarten, was uns die Arbeitgeber am 4. Mai, dem nächsten Verhandlungstermin, mitzuteilen haben werden. Wir sind gewiß, die Besprechungen mit der Gegenseite in der bisherigen fruchtlosen Art nicht weiter zu führen, falls keine normale Verhandlungsbasis geschaffen werden sollte.

Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, Kaufleute, Techniker und Fernmeister, ist es, Mittwoch, den 5. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Zentralverband der Angestellten, SW 61, Welle-Allee-Str. 7/10, großer Saal Nr. 33, anwesend zu sein. Der Kollege Platow wird dort das Nähere berichten. — Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Ortskartell Groß-Berlin.

Arbeiter und Angestellte der Filmindustrie! Heute, Donnerstag, vormittags 11 Uhr, Streikversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 14/15. Die Betriebe erscheinen möglichst geschlossen. Wichtige Mitteilung der Streikleitung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin. Die Mitglieder werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß am diesjährigen 1. Mai völlige Arbeiterruhe eintritt. Gerade gegenüber den Widerständen der bürgerlichen Parteien ist es doppelt Pflicht, die Maifeier zu einer Demonstration zu gestalten.

Besondere Gewerkschaftsveranstaltungen finden nicht statt. Die Mitglieder werden gebeten, sich den Parteieranstaltungen anzuschließen. Siehe auch Material in der heutigen Nummer! Das Bureau bleibt am 1. Mai geschlossen. Die Ortsverwaltung.

## Parteinachrichten.

### Bom Organisationsleben der Partei.

Im Freistaat Baden kann unsere Parteiorganisation eine prächtige Entwicklung nachweisen. Während für das Berichtsjahr 1919/20 im 226 Ortsvereinen 25 365 Mitglieder gezählt wurden, waren es am 1. April 41 440 Mitglieder, darunter 5590 weibliche. Dazu kommen noch die Mitglieder aus 80 Ortsvereinen, von denen die Abrechnungen noch ausbleiben.

Die Bezirksorganisation Württemberg konnte am 1. April 1920 berichten, daß ihr in 320 Ortsvereinen 88 400 männliche und 2926 weibliche Mitglieder angehören. — Der Bezirksverband Gr.-Hürtungen zählte im Jahre 1914 86 047 Mitglieder, schmolz dann während des Krieges auf 4296 zusammen, um sich bis zum 31. März 1920 wieder auf 81 290 Mitglieder zu erhöhen. Die 10 im Bezirk erscheinenden Parteizeitungen haben 64 000 Abonnenten.

Veranst. für den reaktion. Teil: Felix Adler, Charlottenburg; Nr. Angelegen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Formis-Verlag G. u. S. Berlin. Druck: Betriebs-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin. Lindenstr. 1. Seite 1. Blatt.

# Das sind unsere Preise!

**Ernst Ladewig**

**J.F. Assmann**

**Butterh. Union**

**" Loreley**

**Otto Reichelt**

WEIßE BOHNEN PFD.	3,90
BRAUNE " "	3,90
ACKER " "	2,90
GELBE ERBSEN " "	4,75
GRÜNE " "	3,90
KAPUZINER " "	2,90
FRISCH GEBR. KAFFEE PFD.	28,-
GETREIDE - KAFFEE " "	3,95
FEINSTER HOL. KAKAO " "	30,-
KAKAO MIT ZUCKER " "	24,-
ECHT CHINESE, TEE " "	28,-

**FIRMEN**

**143**

**FILIALEN IN**

**GROSS-BERLIN!**

FRISCHE EIER STK. 1,50